
2.1 Landtagsabgeordneter, Generalsekretär und Parlamentarischer Geschäftsführer

Als stolzer Gewinner des Direktmandats des Wahlkreises Rheingau-Taunus I wagte Franz Josef Jung mit 34 Jahren den Sprung in die Landespolitik, die er bis 2005 als CDU-Abgeordneter im hessischen Landtag mit prägen sollte. Hier war er von 1987 bis 1999 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion und von 1987 bis 1991 CDU-Generalsekretär. Von April 1999 bis September 2000 fungierte er als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Hessischen Staatskanzlei sowie vom 5. April 2003 bis November 2005 als CDU-Fraktionsvorsitzender, seit 1998 auch als stellvertretender Landesvorsitzender. Wie er in diesen Funktionen zum einen die Partei prägte, zum anderen in der Regierung agierte, gilt es im Folgenden darzustellen.

Noch vor Beginn seiner parlamentarischen Karriere fand am 17. Oktober 1982 ein für Jung besonderer Deutschlandtag der JU in Eltville in der Rheingauhalle statt: Gut 14 Tage nach seiner Wahl (durch ein konstruktives Misstrauensvotum) zum Bundeskanzler am 1. Oktober war es für Kohl der erste Auftritt als Bundeskanzler auf einem Deutschlandtag der JU. Von der JU entsprechend gefeiert, hatte auch Kohl nicht nur an dieser Veranstaltung, sondern auch an der reizvollen Atmosphäre Eltvilles Gefallen gefunden, so dass er am Ende Jung beiseite nahm und ihn fragte: „Wohin gehen wir denn noch?“ Jung schlug das Lokal „Weinpump“ vor, was die Sicherheitskräfte dann vor größere Herausforderungen stellen sollte. So musste die Polizei die damals noch durch Eltville führende B42 komplett sperren, was natürlich zu verkehrstechnischen Problemen führte.

Nach Jungs Einzug in den Hessischen Landtag 1983 schied er im Zuge des Deutschlandtages am 11. November in München aus dem JU-Vorstand aus. Eine Woche später erblickte mit Sohn Marco sein drittes Kind das Licht der Welt. Der

frischgebackene Abgeordnete suchte von Beginn an einen engen Kontakt zu den Bürgern seines Wahlkreises. Ihm war es wichtig, die Wünsche, Anregung und auch Sorgen der Menschen zu erfahren. So erweiterte er sukzessive seine obligatorischen Sprechstunden zu Bürgergesprächen in öffentlichen Lokalen, wo speziell Vereinsvertretern die Möglichkeit des Meinungsaustauschs angeboten wurde, und zu Familiensprechstunden für jung und alt. Die Kinder wurden dabei u. a. durch Puppentheater bestens betreut.¹ Transparenz und Offenheit prägten von Beginn an Jungs Stil als Parlamentarier. Innerhalb der CDU-Fraktion gehörte er zunächst fast zwangsläufig zu den Hinterbänklern. Bald jedoch konnte er im Rechtsausschuss erste Meriten sammeln. Die Grünen wollten damals gemeinsam mit der SPD die Einführung des äußerst liberalen skandinavischen Justizvollzugssystem, dem Jung kritisch gegenüberstand, in Hessen durchsetzen. Jung lehnte beispielsweise einen auch gegenüber Schwerverbrechern praktizierten offenen Strafvollzug ab. Um sich aber ein genaueres Bild machen zu können, fuhr er mit dem damaligen Justizminister Herbert Günther nach Bergen, Oslo und Stockholm. Wie es der Zufall wollte, entdeckte er im Bergener Gefängnis in einem Zellentrakt eine Flasche alkoholfreien Weines „Jung“, allerdings stammte sie vom Weingut Jung in Rüdesheim. Dennoch änderte dies nichts an seiner weiterhin bestehenden Ablehnung. Eine solche Art von „Kuscheljustiz“² sei für Hessen der falsche Weg.

Dem 33. CDU-Bundesparteitag 1985 in Essen begegnete Jung dann sehr aufgeschlossen, obwohl oder gerade weil diese Versammlung in gewisser Hinsicht ein Novum darstellte. Unter der Federführung von Generalsekretär Heiner Geißler wurde vom CDU-Bundesvorstand beschlossen, „die Frauenpolitik in den Mittelpunkt der politischen Beratungen des Bundesparteitages zu stellen und am 21. März einen ‚Frauentag‘ zu veranstalten, zu dem Frauen aus allen Bereichen der Gesellschaft als sachverständige Diskussteilnehmerinnen eingeladen werden sollen.“³ Aus Sicht der CDU-Frauenvereinigung war die CDU angesichts der zunehmenden Konkurrenz auch durch die Grünen „wenig attraktiv“ für junge Frauen.⁴ Für Geißler war die „nach wie vor praktizierte Diskriminierung und Benachteiligung der Frauen in einer von Männern dominierten Gesellschaft“⁵ einer der wesentlichen Gründe für eine solche Schwerpunktsetzung des Parteitags. Ihm war wichtig, dass den Frauen „in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesell-

1 Vgl. Briefe von Jung vom 28. 11. 1989 an die CDU Rüdesheim und die Eltviller Vereinsvorsitzenden vom 23. 5. 1989; siehe dazu auch die Pressemitteilung vom 20. 6. 1989. Privatarchiv Linda Kreckel.

2 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

3 Zit. nach <http://www.kas.de/wf/de/191.552/>, abgerufen am 27. 5. 2015.

4 Ebda.

5 Ebda.

schaftlichen Leben die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens wie den Männern offenstehen“.⁶ Auch Jungs Position zufolge musste sich die CDU diesen Themen nicht nur stellen, sondern auch öffnen, um sich nicht zu einer „reinen Männerpartei zu entwickeln.“⁷ Auf dem Parteitag wirkte er dann nicht nur als Delegierter mit und unterstützte mit einem eigenen Redeparteitag die Ideen Geißlers, sondern war als Mitglied der Antragskommission auch bei Vorbereitung beteiligt gewesen. Für die Hessen-CDU Hessen hatte er dabei noch einen zusätzlichen Antrag erarbeitet, der Geißlers Anliegen nochmals untermauerte. Innerhalb der CDU führten derartige Ideen zu manch kontroverser Diskussion, so kritisierten zahlreiche Delegierte, die „Partei konzentriere sich zu einseitig auf Frauenthemen“⁸ Jung selbst widersprach dem. Die CDU müsse auch hier moderner und aufgeschlossener agieren, um in Zukunft für breite Wählerschichten attraktiv zu bleiben.⁹ Hier wird also nicht nur der schon in der JU als Modernisierer aufgefallene Politiker deutlich, sondern ebenso der Pragmatiker, der den Erfolg und somit auch Machterhalt seiner Partei im Blick hat. Zum Parteitag war ein breites Spektrum von Frauen aus allen gesellschaftlichen Gruppierungen eingeladen worden, um eine möglichst umfassende Diskussionsgrundlage zu schaffen. 150 Teilnehmerinnen kamen aus Verbänden – ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit; weitere 100 Teilnehmerinnen aus Vereinigungen der CDU. Die andere Hälfte der insgesamt 500 Teilnehmerinnen stammte aus der CDU-Basis, so dass Frauen aus allen gesellschaftlichen Sparten und Altersgruppen vor Ort waren.¹⁰ Insgesamt beschloss die CDU in ihren Leitsätzen „für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ 44 Thesen, die ein umfangreiches gesellschaftliches Spektrum aufgriffen. U. a. trat die CDU nicht nur „für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erwerbsleben ein“, die Einführung eines Erziehungsgeldes und die Anerkennung von Erziehungszeiten, sondern setzte sich „ebenso für die Gleichberechtigung zwischen der nicht erwerbstätigen und der erwerbstätigen Frau und Mutter“ ein.¹¹ Eine verbindliche Frauenquote lehnte aber auch die Mehrheit der CDU-Frauen ab.¹² Unter anderem anerkannte „Die Zeit“, dass die CDU einen Lernprozess durchlaufen habe: „Die Entschlossenheit, die Partei zur Beschäftigung mit der Rolle der Frau in unserer Gesellschaft zu drängen, bezeugt [...] ein

6 Ebda.

7 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

8 Interview mit Jung vom 7. 10. 2016.

9 Ebda.

10 Vgl. <http://www.kas.de/wf/de/191.552/>, abgerufen am 27. 5. 2015

11 Ebda.

12 Vgl. BÖSCH, F.: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart/München 2002, S. 250.

Problembewußtsein, das die CDU nicht immer ausgezeichnet hat.“¹³ Für Helmut Kohl zählten rückblickend die letztlich mit großer Mehrheit verabschiedeten Leitsätze „zu den wichtigsten programmatischen Errungenschaften in der Geschichte der Partei.“¹⁴ 1986 wurden dann in der Bundesrepublik Deutschland Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub gesetzlich eingeführt, Erziehungszeiten bei der Rente angerechnet und Hilfen für Alleinerziehende ausgebaut. Im gleichen Jahr wurde zudem das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit um den Bereich „Frauen“ ergänzt.

In der hessischen Landespolitik sollte Jung rasch reüssieren, galt dabei aber in der Fraktion und der Partei immer als einer der ihren und nicht als „einer, der oben rumschwirrt.“¹⁵ Auch hier zahlten sich Jungs Natürlichkeit und Offenheit aus. Ab 1986 fungierte er zunächst als wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, wobei es ihm gelang, sich in dieser Funktion – Jungs damaliger Schwerpunkt – weiter zu profilieren. Vor allem der Skandal um den gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern „Neue Heimat“ bot ihm ein ideales Forum, um innerhalb heftiger Auseinandersetzungen gezielte verbale Angriffe gegen Finanzminister Hans Krollmann und Ministerpräsident Holger Börner, diesem gegenüber v. a. auch in seiner Eigenschaft als ehemaliger Gewerkschafter (IG Bau, Steine, Erden), zu führen. 1982 war u. a. durch den Spiegel aufgedeckt worden, dass sich mehrere Vorstandsmitglieder der „Neuen Heimat“ (NH) unter der Führung von Albert Vietor persönlich, teilweise auch direkt an den Mietern, bereichert hatten. Die Beschuldigten wurden dann kurze Zeit später durch den Aufsichtsrat unter dem DGB-Vorsitzenden Heinz-Oskar Vetter entlassen. Jung warf Krollmann als verantwortlichem Minister vor, dass Gewerkschafter, die unter sozialen Aspekten Wohnungsbauprojekte entwickelt hatten, im Gegensatz zu den Mietern nicht nur über ein hohes Einkommen verfügten, sondern noch in die eigenen Tasche wirtschafteten und somit ihrer sozialen Verantwortung überhaupt nicht gerecht geworden seien.¹⁶ In den folgenden Untersuchungen stellte sich eine erhebliche Verschuldung des Konzerns heraus. Er hatte einen Verlust von 193 Mio. DM zu verzeichnen, das Tochterunternehmen „Neue Heimat Städtebau“ 562 Mio. DM. Albert Vietor hatte allein durch Privatgeschäfte dem Unternehmen einen Verlust von 105 Mio. DM beschert. Am 18. September 1986 verkaufte der DGB dann das Unternehmen nach mehrwöchiger Verhandlung zum symbolischen Preis von einer Mark an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser. Ursprünglich war ein Kaufpreis von 360 Mio. DM vorgesehen, der bis 2006 gestundet werden sollte. Die

13 Die Zeit vom 22. 3. 1985, zit. nach <http://www.kas.de/wf/de/191.552/>.

14 Zit. nach <http://www.kas.de/wf/de/191.552/>, abgerufen am 27. 5. 2015.

15 Interview mit Volker Bouffier vom 12. 2. 2016.

16 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

Verbindlichkeiten der übernommenen „Neuen Heimat“ betrugen insgesamt rund 16 Mrd. DM. Der Verkauf stieß in der Öffentlichkeit und innerhalb des DGB auf heftige Kritik. Insbesondere die Mieter der NH-Immobilien befürchteten Mietsteigerungen und den Verlust der Sozialbindung. Die Presse hielt einen mittelständischen Unternehmer mit dem milliardenschweren Wohnungsunternehmen für überfordert. Schiessers Sanierungsplan wurde von den Banken letztlich nicht akzeptiert, womit der Vertrag hinfällig war. In den folgenden Jahren wurden dann zunächst alle Wohnungsbestände verkauft, anschließend dann auch die Regionalgesellschaften der „Neuen Heimat“ an die Bundesländer oder private Investoren; für Jung auch heute noch ein unglaublicher Skandal, dass Gewerkschafter hier eine extreme Selbstbedienungsmentalität an den Tag gelegt hatten. Durch seine z. T. scharfen verbalen Attacken gegen die Landesregierung und Gewerkschaftsvertreter fiel er der hessischen CDU-Führung auf, nicht ganz unwichtig im Hinblick auf die nähere Zukunft.

1987 war nämlich sowohl für Jung wie für die CDU ein wichtiges Jahr. Erstmals gelang es der Partei, in Hessen mit Walter Wallmann den Ministerpräsidenten zu stellen und die jahrzehntelange Vorherrschaft der SPD zu brechen. Nach ihrem Wahlsieg, der zur abendlichen Zitterpartie werden sollte – die CDU gewann gemeinsam mit der FDP mit einem hauchdünnen Vorsprung vor SPD und Grünen¹⁷ – war Jung bei der Wahl Wallmanns zum hessischen Ministerpräsidenten Mitglied der Stimmzählungskommission. 56 Stimmen waren für eine erfolgreiche Wahl notwendig. Jung hatte mit seinen CDU-Kollegen vereinbart, dass er bei Erreichen der 56 Stimmen als Geheimzeichen den Daumen unauffällig am Gürtel nach oben strecken werde, da Wallmann aber sogar 57 Stimmen erhielt, änderte Jung das verabredete Zeichen mit dem Zeigefinger in ein V und sorgte für ein Raunen innerhalb der CDU-Fraktion. Der Beginn dieser neuen Ära führte zu auch einem Generationswechsel innerhalb der hessischen CDU. Franz Josef Jung, der sich als wohnungsbaupolitischer Sprecher profiliert und somit die Aufmerksamkeit Wallmanns erlangt hatte, wurde neuer Generalsekretär in Verbindung mit dem Amt des parlamentarischen Geschäftsführers und damit Nachfolger von Manfred Kanther, der in der neuen Landesregierung zum Finanzminister ernannt worden war. Damit hielt er zwei parteiinterne Schlüsselstellungen inne, mit Hilfe derer er nach 36 Jahren CDU-Opposition manches bewegen konnte und sollte. „Von der letzten Bank in die erste Reihe“ titelte damals die Presse. Gleichzeitig schied er aus dem Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises aus, dem er seit 1972 angehört hatte. Allerdings dauerte es einige Wochen, bis Jung, wie er selbst

17 CDU 42,1%, SPD 40,2%, FDP 7,8%, Grüne 9,4%. Sitzverteilung: CDU 47, SPD 44, FDP 9, Grüne 10.

rückblickend zugab, die großen Fußstapfen von Kanther ausfüllen konnte. Aber er nahm seine neue Aufgabe mit sehr viel Elan und Dynamik an. Dabei suchte er immer den engen Kontakt zu Walter Wallmann und versuchte die CDU als Partei auch als Unterstützung der Landesregierung zu installieren.¹⁸

Die außerordentlich knappe parlamentarische Mehrheit stellte die schwarz-gelbe Koalition jedoch immer wieder vor Herausforderungen. Schon im selben Jahr stand eine erste große Bewährungsprobe für neue Regierung an: Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Eberhard Weghorn, war als Beifahrer bei einem Autorennen schwer verunglückt, lag anschließend im Koma und war nicht mehr handlungsfähig. Somit verfügte die Koalition nur über 55 Stimmen. Dieser Umstand führte dazu, dass die Opposition aus SPD und Grünen die Verabschiedung des „Gesetzes zur Wiederherstellung der freien Schulwahl im Lande Hessen“, das sogenannte „Schulfreiheitsgesetz“¹⁹, verzögern konnte. Die CDU beabsichtigte hierdurch die Abschaffung der von ihr schon im Wahlkampf klar abgelehnten Zwangsförderstufe in den Klassen fünf und sechs und sprach sich unter dem Motto „Schulfreiheit“ für eine liberale Schulpolitik sowie dem Wahlrecht der Eltern zwischen Gesamtschule und gegliedertem Schulsystem aus.²⁰ Schon in seiner Regierungserklärung vom 23. April 1987 hatte sich Wallmann für ein „gegliedertes Schulsystem einschließlich der Gesamtschulen und der Förderstufe“ ausgesprochen, allerdings eben ohne „Zwang zur Gleichheit.“²¹ Durch den Auszug aus dem Landtag machten die Oppositionsfraktionen den Landtag allerdings beschlussunfähig. In fünf Sitzungen gelang es daher der CDU nicht, dieses Gesetz zu verabschieden. Allerdings kam der Boykott der SPD in der Öffentlichkeit so schlecht an, dass die Oppositionsparteien aufgrund des öffentlichen Drucks ihr Taktieren beenden mussten und das Gesetz auf der Folgesitzung am 27. Mai dann passieren konnte. Im Rahmen seines bildungspolitischen Engagements setzte sich Jung auch intensiv und erfolgreich für eine ausreichende Lehrerversorgung vor allem auch im Grundschulbereich seines Wahlkreises ein.²²

Im gleichen Jahr wurde als eine private Initiative des Kultur- und Musikmanagers Michael Herrmann und anderer Musikliebhaber, die daran interessiert waren, das musikalische Leben im Rhein-Main-Gebiet zu beleben, beschlossen, das

18 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

19 Siehe dazu MÜLLER-KINET, H.: Der schulpolitische Beitrag zur Profilbildung der Union in Hessen, in: B. Heidenreich/W. Wolf (Hg.): Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995. 50 Jahre CDU Hessen. Köln 1995, S. 177–201, hier S. 193 ff.

20 Zur Schulpolitik in Hessen siehe: RUDLOFF, W.: Schulpolitik und Schulkämpfe in Hessen, in: W. Schroeder (Hg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Wiesbaden 2008, S. 332–360.

21 WALLMANN, W.: Für die Zukunft einer freiheitlichen Gesellschaft. Regierungserklärung vom 23. April 1987 vor dem Hessischen Landtag, S. 8, siehe auch S. 20 f.

22 Siehe dazu eine Pressemitteilung vom 31. 7. 1989. Privatarchiv Linda Kreckel.

Rheingau Musik Festival ins Leben zu rufen.²³ Neben Sponsoren aus der Privatwirtschaft sicherte auch das Land Hessen dieses Vorhaben mit einer Bürgschaft von 200 000 DM sowie 60 000 DM direkter finanzieller Hilfe ab; rückblickend, so Jung, der das Projekt von Beginn an massiv unterstützte, eine weise Entscheidung. Standen im ersten Jahr (1988) nur 19 Konzerte auf dem Programm, so wuchs im Laufe der Jahre die Anzahl der Veranstaltungen und auch der Spielorte über Kloster Eberbach hinaus stetig an. Mittlerweile zählt das Rheingau Musik Festival zu den führenden Musikfestivals Deutschlands und verwandelt jedes Jahr im Sommer zwischen Juni und September mit über 170 Konzerten an 50 verschiedenen Veranstaltungsorten den Rheingau in eine große Konzertbühne. Dies ist nur ein Beispiel, wie Jung als Landtagsabgeordneter sein Abgeordnetenmandat auch immer im Sinne des Rheingaus interpretierte. Er leistete hier energische Wahlkreisarbeit für seine Heimatregion und „kümmerte sich dabei auch immer um die kleinen Dinge.“²⁴

Neben dem fordernden politischen Alltag kam es auch auf internationaler Ebene immer wieder zu abwechslungsreichen Begegnungen. 1987 kam es zu einem Treffen mit der „Jungen Kuomintang“, also der Nachwuchsorganisation der Kuomintang in Taiwan. Ihr damaliger Vorsitzender Dr. Ma Ying-jeou, der jetzige Staatspräsident von Taiwan, war Gast im Hause Jung. Eine freundschaftliche Beziehung zwischen Franz Josef Jung und ihm, die bis heute andauert, nahm hierdurch ihren Anfang. Allerdings erfolgte erst 2012 auf eine Einladung durch den nunmehrigen Staatspräsidenten Taiwans hin quasi der Gegenbesuch in Taipeh. Ma Ying-jeou konnte sich an das damalige Treffen von vor 25 Jahren noch sehr gut erinnern. So wusste er noch, was Jungs Frau damals gekocht hatte. Jung war von der „tollen Entwicklung in Taiwan“ u. a. auf dem Sektor der Computertechnik begeistert.²⁵

Die schon erwähnte Leidenschaft Jungs für den Fußball fand durch seine Mitgliedschaft als Spielführer der Landtagsmannschaft ein passendes Betätigungsfeld. Trotz aller politischen Auseinandersetzung harmonisierte er hier mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Joschka Fischer, sehr gut. Fischer profitierte als Stürmer vor allem von Jungs Vorlagen. Bei einem Spiel der Landtagsmannschaft gegen die Bundestagsmannschaft 1987, als Vorspiel des Spiels Eintracht Frankfurt gegen den MSV Duisburg im Waldstadion, war es diese Mal allerdings umgekehrt: Fischer legte auf Jung auf, der ins Dreieck zum 1:0 einschoss (Endstand 2:2). Auf der großen Anzeigentafel leuchtete dann „1:0 Jung“ auf. Nach dem Spiel wusste Fischer dann, „welchen Fehler er gemacht hat.“ Natürlich hät-

23 Siehe dazu diverse Briefe von Michael Herrmann. Privatarchiv Linda Kreckel.

24 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

25 Interview mit Jung vom 8. 12. 2015.

te er gerne seinen Namen auf der Anzeigentafel gelesen. Die Landtagsmannschaft trat – oft auf Initiative von Jung – immer wieder zu Benefizspielen an, so auch beispielsweise 1989 gegen die Prominentenmannschaft von Kickers Offenbach.²⁶ Neben einer solchen sozialen Bedeutung besaß für Jung die Landtagsmannschaft vor allem auch die Funktion, dass über parteipolitische Grenzen das persönliche Gespräch zwischen den Abgeordneten gesucht wurde und durch „Diskussionen auf dem Sportplatz manche parteipolitische Frontlinie aufgebrochen werden konnte.“²⁷

Ebenfalls 1987 kam es dann, so Jung, zur „Gründung einer echten Seilschaft“ (im Gegensatz zum Andenpakt) zwischen der CDU-Fraktionsführung und Journalisten.²⁸ Zusammen mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Hartmut Nassauer regte Jung eine gemeinsame Bergtour in der Schweiz an, in deren Verlauf u. a. der Similaun (3600m) bestiegen wurde. Als sie auf den Gipfel kamen, trafen sie dort eine weitere Bergsteigergruppe. Einer ihrer Mitglieder erkannte Jung und Nassauer. Er erzählte, dass er aus Hanau sei, dort mit der CDU Probleme habe und von daher aus der Partei ausgetreten sei. Hier auf dem Gipfel könne er sich aber vorstellen, wieder einzutreten. Da zögerte Jung nicht lange, holte aus seiner Tasche einen Mitgliedsantrag heraus und gab ihn dem Urlauber, der dann auch wieder in die CDU eintrat. In der FAZ war daraufhin zu lesen: Franz Josef Jung auf Mitgliederwerbung zu Lande, zu Wasser und in der Luft.²⁹ Ein Jahr später wurde auf Initiative Jungs eine bis heute andauernde Tradition eingeführt: Die Landespresseskonferenz traf und trifft sich jedes Jahr auf dem Jungschen Weingut zur Weinlese. Insgesamt war das Verhältnis zu Medienvertretern von Seiten Jungs sehr auf Offenheit und Vertrauen ausgerichtet.

Im Frühjahr 1988 galt es aber wieder sich mit voller Kraft auf ein landespolitisches Thema zu konzentrieren. Der Hessische Landtag hatte auf Anregung des Landtagsvizepräsidenten Erwin Lang (SPD) mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP eine Neuregelung der Abgeordnetenentschädigungen, volkstümlich Diäten genannt, beschlossen. Lediglich die Grünen votierten gegen das Gesetz. Die Neuregelung sah eine erhebliche Erhöhung der Diäten und der Altersrenten vor, nachdem diese einige Jahre nicht angepasst worden waren. So sollten die Grund-Diäten nun 6500 DM betragen. Für den Rest der Legislaturperiode war eine jährliche Steigerung um 8 % vorgesehen. Die steuerfreie Kostenpauschale wurde auf maximal 5400 DM angehoben. Im Auftrag des Bundes der Steuerzahler veröffentlichte der Verfassungsrechtler und als Parteienkritiker bekannte Hans Herbert

26 Pressemitteilung vom 19. 5. 1989. Privatarchiv Linda Kreckel.

27 Interview mit Jung vom 7. 10. 2016.

28 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

29 Interview mit Jung vom 1. 2. 2016.



Bei der Weinlese im Rheingau



Mit dem hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann bei der Weinlese

von Arnim daraufhin eine Studie, in der er eine Reihe von Kritikpunkten äußerte. So kritisierte er die fehlende Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens, die vorgesehene automatische Steigerung der Diäten und die Erhöhung selbst. Teilaspekte bewertete er als verfassungsrechtlich bedenklich. Dies galt insbesondere für mögliche Doppelversorgungen von Abgeordneten, die im Laufe ihrer politischen Karriere als Bürgermeister oder Landräte Versorgungsanwartschaften erworben hatten. Von Arnim sprach insgesamt von einem manipulativen Gesetzgebungsverfahren und rückblickend von einem politischen Schockerlebnis:³⁰

„Der hessische Fall hat die Aufmerksamkeit auf ein Grundproblem gelenkt: Wenn die Abgeordneten über ihre Bezahlung entscheiden, dann handeln sie in eigener Sache und sind deshalb nicht unbefangen. Es besteht die Gefahr, daß gemauschelt wird, daß überzogene, verfassungswidrige Regelungen getroffen werden und daß, wenn sich dies alles später herausstellt, das Parlament möglichst lange daran festhält. Der Kontrolleur Parlament bedarf hier selbst der Kontrolle“³¹

In der Folge kam es zu einer intensiven politischen Debatte in der Öffentlichkeit, die die Diätenanhebung als Skandal bewertete, und in den Parteien. Die Grünen drohten mit einer Verfassungsklage, die Berichterstattung in den Medien war durchweg kritisch. Auch in den Fraktionen reagierte man nun auf die heftige Kritik. Ministerpräsident Wallmann, der an der Abstimmung über die Diäten nicht teilgenommen hatte, und Jung traten in der CDU-Fraktion dafür ein, die Diäten auf dem alten Stand festzuschreiben. Am 19. Juli 1988 trat schließlich Erwin Lang von seinem Amt zurück und legte zum Ende des Monats auch sein Landtagsmandat nieder. Kurz darauf trat dann ebenfalls Landtagspräsident Jochen Lengemann zurück. Am 28. Juli 1988 hob der Hessische Landtag die im Februar 1988 verabschiedete Diätenerhöhung wieder auf. Jung war während dieser Auseinandersetzungen innerhalb einer unabhängigen Kommission, bestehend aus dem Landtagspräsidenten Karl Starzacher und den parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen, in seiner Funktion entsprechend gefordert gewesen. Als deren Vorsitzender hatte er dafür gesorgt, dass sein Mainzer Doktorvater Hans Heinrich Rupp als Berater und Gutachter dieses Gremiums fungierte und die bis heute gültigen rechtlichen Regelungen erarbeiten sollte. Ergebnis war, den zu versteuern den Teil der Diäten höher anzusetzen, den nicht zu versteuern den Teil dagegen zu reduzieren. Somit wurde als reine Aufwandsentschädigung der nicht zu versteuern den Teil berücksichtigt, ansonsten wurde alles andere der Steuer unterwor-

30 Hans Herbert von Arnim in: <http://www.zeit.de/1989/07/ein-vorteil-kommt-zum-aderen>, abgerufen am 27. 5. 2015.

31 Ebda.

fen. Ebenso wurden von nun an Fahrtkosten nach gefahrenen Kilometern erstattet und nicht, wie bis dato, in Form einer von Jung kritisierten Pauschale, die eine zusätzliche Einnahmemöglichkeit darstellte. Eine Kumulierung von Ansprüchen aus verschiedenen politischen Funktionen (z. B. als Bürgermeister, Abgeordneter, Minister), was Jung für äußerst problematisch gehalten hatte, war nun ebenfalls nicht mehr möglich.³²

Anschließend reiste Jung auf Einladung der US-Regierung in die Staaten. Deutschen Nachwuchspolitikern wurde dabei ein mehrwöchiges Programm, bestehend aus Besuchen und politischen Gespräche im Senat und Repräsentantenhaus, geboten. Daneben gab es genügend Gelegenheit, die USA als Land kennenzulernen: Stationen waren u. a. San Francisco, Denver, El Paso, New York etc. Für Jung war eine derartige Reise eine wichtige und interessante Erfahrung. Das Verständnis für die USA, ihre Politik und die Mentalität ihrer Menschen sei deutlich gewachsen. Durch derartige Programme, die sich, so Jung, bewährt haben, seien die transatlantischen Beziehungen weiter gefestigt worden.³³ Ebenfalls 1988 kam es für Jung als Mitglied einer Delegation ehemaliger JÜler (u. a. mit Matthias Wissmann) in Rom zu einer für ihn als Christ wichtigen persönlichen Begegnung mit Papst Johannes Paul II., dem Franz Josef Jung als „aus Hessen“ vorgestellt wurde. Die Antwort des Papstes beeindruckt Jung auch heute noch: „Aus Hessen? Da regiert doch Rot-Grün!“, äußerte der Papst leicht irritiert. Seine Position als überzeugter Antikommunist, der sich für die Freiheit seines Heimatlandes Polens engagierte, schwang vielleicht hier in übertriebenem Maß ein wenig mit.

Für den Rheingau und Eltville bedeutsam war die Restaurierung des Schlosses Reinhartshausen. Durch Vermittlung von Jungs Cousin erwarb der Unternehmer Willi Leibbrand das heruntergekommene Ensemble und ließ es bis 1991 als Hotel und Weingut grundlegend sanieren. Mit seiner privaten Hilfe in Höhe von 120 Mio. DM wurde das Schloss somit wieder auf Vordermann gebracht.

Die hessischen Kommunalwahlen am 12. März 1989 führten zu herben Verlusten bei der CDU: 34,3 % (nach 41,1 % 1985 und sogar 47,6 % 1981) lagen damals zwar im Bundestrend, wurden aber auch als Warnung an die Landespolitik kommentiert. Vor allem der Verlust von 13 % in Frankfurt war deprimierend. In der allgemeinen Stimmungslage war 1989 Kohls Ansehen deutlich gesunken.³⁴ Für Jung war klar, dass wenn der Bundestrend nicht stimme, sich dies dann auch auf den Landes- und Kommuntaltrend auswirken würde.

32 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015 und vom 7. 10. 2016.

33 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

34 Vgl. SCHWARZ, H.-P.: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München ³2012, S. 491 f.

2.2 1989/90 – Das historische Jahr: Revolution und Mauerfall in der DDR – Die Rolle Jungs

1989 sollte für das deutsche Volk und somit auch für Franz Josef Jung zu einem historischen und zentralen Ereignis werden. Die friedliche Revolution in der DDR, der damit verbundene Fall der Mauer und die anschließende Wiedervereinigung betrafen auch in einem besonderen Maße die Hessen-CDU und somit Franz Josef Jung als deren damaliger Generalsekretär. Inwieweit Jung in diesem Prozess Initiativen ergriff, wie er die Zusammenarbeit mit der Ost-CDU beurteilte und Reformkräfte unterstützte – kurz, welchen Einfluss und welche Verdienste ihm in dieser geschichtsträchtigen Phase zukommen, wird im Folgenden anhand zahlreicher Schlüsselereignisse verdeutlicht. Diverse Treffen mit ostdeutschen Politikern wie Christine Lieberknecht und Lothar de Maiziere, Großveranstaltungen an der innerdeutschen Grenze und die Gründung der „Allianz für Deutschland“ sind hier exemplarisch zu nennen.

Nur wenige Menschen ahnten zu Beginn des Jahres, dass am 9. November die Mauer fallen und knapp ein Jahr später Deutschland wiedervereinigt sein sollte. Im Gegenteil, viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland hatten die Wiedervereinigung schon lange abgeschrieben, sich mit der Existenz zweier deutscher Staaten abgefunden und die DDR höchstens als fernes Ausland wahrgenommen. Vor allem die SPD hatte das im Grundgesetz verankerte Ziel der Wiedervereinigung längst aufgegeben. Sie übernahm die „Geraer Forderungen“ von Erich Honecker aus dem Jahr 1980, in der er die Auflösung der zentralen Erfassungsstelle Salzgitter für Staatsverbrechen in der DDR, die Umwandlung der ständigen Vertretungen in Botschaften und die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft gefordert hatte. Für viele SPD- und Grünen-Politiker war das Festhalten an der Einheit der deutschen Nation die „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.“ Gerhard Schröder beispielsweise äußerte noch im Juni 1989, dass man nach 40 Jahren Bundesrepublik „eine Generation in Deutschland nicht über die Chancen der Wiedervereinigung belügen [sollte]. Es gibt sie nicht.“³⁵ Vor allem die hessische CDU nahm hier in den 80er Jahren eine gänzlich andere Position ein. Unter Alfred Dregger und dann unter Walter Wallmann³⁶ hielt sie immer an der Offenheit der deutschen Frage fest. Regelmäßig besuchte die CDU-Fraktion oder einige ihrer Mitglieder die DDR mit dem Ziel, den Kontakt zu den ostdeutschen

35 Zit. nach: JUNG, F.J.: Eine bewegte und bewegende Zeit, in: N. Kartmann/D. Schipanski (Hg.): Hessen und Thüringen. Umbruch und Neuanfang 1989/90. Frankfurt 2007, S. 103–110, hier S. 109.

36 Siehe dazu JUNG, Franz Josef: Die letzten Tage der Teilung. Wie die deutsche Einheit gelang, Freiburg 2010, S. 28 f., WALLMANN, Memoiren, S. 185.

Landsleuten nicht abreißen zu lassen, ihn vielmehr durch Gespräche zu intensivieren und den Bürgern zu signalisieren, dass wir nach wie vor ein Volk sind, allen Unkenrufen aus Medien und anderen Parteien zum Trotz. So besuchte auch Jung als Mitglied der hessischen CDU-Delegation 1984 u. a. Eisenach, Erfurt, Weimar, Magdeburg und Quedlinburg. 1986 erfolgte nochmals ein Besuch in der DDR. Neben Erfurt standen dieses Mal Naumburg, Merseburg, Magdeburg, Leipzig und Halle auf dem Programm. Insbesondere bei Gesprächen mit Kirchenvertretern spürte Jung, wie sich die Stimmungslage innerhalb weiter Teile der Bevölkerung wandelte und wie wichtig die Kirchen als Refugium oppositioneller Kräfte waren. Auch ein enger Kontakt zur Region Thüringen, der später noch von Bedeutung sein sollte, zeichnete sich damals schon ab.

Auf parteiinterner Ebene sollte aber 1989 zunächst der CDU-Bundesparteitag am 10. September in Bremen für die CDU und ihren Vorsitzenden ein wichtiges Ereignis darstellen.³⁷ Helmut Kohl war angesichts sinkender Umfrage- und Beliebtheitswerte in den eigenen Reihen z. T. in die Kritik geraten. Gerüchte machten die Runde, dass die Kohl-Kritiker Rita Süßmuth, Kurt Biedenkopf, Lothar Späth und der Generalsekretär Heiner Geißler eine Ablösung des Kanzlers als CDU-Vorsitzender auf dem Parteitag anstrebten. Insbesondere das Verhältnis zwischen Kohl und Geißler war seit einiger Zeit schwer belastet, v. a. aufgrund von Differenzen in Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik.³⁸ Kohl beabsichtigte daraufhin, Geißler nicht mehr zum Generalsekretär vorzuschlagen.³⁹ Zuvor hatte Geißler bei zahlreichen Unionspolitikern Sondierungsgespräche geführt, um Verbündete für seine Umsturzpläne gegenüber Kohl gewinnen zu können. Somit wollte er auch, dass die Hessen-CDU ihren Beitrag zur Ablösung Kohls leisten sollte. Walter Wallmann und Franz Josef Jung lehnten dies allerdings kategorisch ab.⁴⁰ Letztlich scheiterte der Putschversuch: Kohl wurde mit 571 Jastimmen gegen 147 Neinstimmen bei 20 Enthaltungen wieder zum CDU-Bundesvorsitzenden gewählt, während Späth nicht mehr in das Parteipräsidium gewählt wurde.⁴¹ Rückblickend betont Jung, dass der Putsch vermutlich Erfolg gehabt hätte, wenn Hessen umgefallen wäre.⁴² Angesichts der Geschlossenheit der Hessen-CDU hinsichtlich der Unterstützung Kohls blieb dieser Parteivorsitzender und somit auch Bundeskanzler, ein wesentlicher Faktor hinsichtlich der sich nun bald überschla-

37 Siehe dazu: KOHL, H.: *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 924–940. SCHWARZ, H.-P.: *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*. München ³2012, S. 520–527.

38 KOHL, *Erinnerungen*, S. 294.

39 Ebda., S. 925 f. (Schreiben Kohls an Geißler), S. 929.

40 Siehe WALLMANN, *Memoiren*, S. 180.

41 KOHL, *Erinnerungen*, S. 938.

42 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

genden Ereignisse in der DDR und bezüglich der deutschen Frage. Hierzu hatte Franz Josef Jung schon in seiner Rede zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1989 klar Stellung bezogen, indem er betonte, dass wir es den Ostdeutschen schuldig seien, den Einheitsgedanken „wach und lebendig“ zu halten. Die deutsche Einheit sei mehr als eine „nostalgische Formel.“⁴³ Somit war die Hessen-CDU aufgrund ihrer geschlossenen und eindeutigen deutschlandpolitischen Position gut gerüstet für die bald vor ihr liegenden Aufgaben.

Überspringen wir an dieser Stelle die bekannten Ereignisse und Szenen der massenhaften Fluchtbewegung aus der DDR ab August/September nach Ungarn oder in die deutschen Botschaften in Warschau und vor allem Prag sowie die sich anbahnenden Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen ostdeutschen Städten. Allerdings musste natürlich auch der Rheingau-Taunus-Kreis, wie so viele andere Regionen, Ideen entwickeln, wie die ostdeutschen Landsleute zügig und problemlos integriert werden können. Jung appellierte dabei an die Bürger seines Wahlkreises, die „DDR-Übersiedler mit offenen Armen aufzunehmen“ und „Familienpatenschaften zu übernehmen.“⁴⁴ „Die Übersiedler“, so Jung weiter, „wollen keine Almosen. Was sie brauchen, sind Tipps, Informationen und Kontakte, damit sie möglichst schnell ein normales Leben führen können. Diese zwischenmenschliche Aufgabe könnten die Bürger im Rheingau-Taunus-Kreis übernehmen.“⁴⁵ Weiterhin regte er an, freie Wohnungen breitzustellen, um sie an Übersiedler-Familien zu vermieten, und beschloss für die CDU im Rheingau-Taunus-Kreis das Amt eines Übersiedler-Beauftragten als Kontaktperson einzurichten. Gemeinsam mit seinem Kollegen Roland Rösler entwarf er unter dem Titel „Willkommen in Hessen – ein Übersiedler ABC“ zudem noch einen äußerst nützlichen Ratgeber für die ostdeutschen Mitbürger.⁴⁶ „Für die zu uns kommenden Deutschen aus der DDR haben wir eine ganz besondere Verpflichtung. Hier stellt sich uns eine nationale Aufgabe, der wir nicht aus dem Weg gehen dürfen“, betonte Jung völlig zu Recht und stellte klar, dass angesichts der politischen und wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit „im anderen Teil Deutschlands“ es niemandem zustehe, Kritik am Verhalten derjenigen zu üben, die die DDR verlassen.⁴⁷ Ein unmissverständlicher Seitenhieb auf manche Vertreter der Grünen und der SPD, die sich der historischen und politischen Bedeutung dieser Ereignisse nicht bewusst waren und in kleinkariierter Form Aufrechnungen und Zahlenspielerien betrieben.

43 JUNG, Letzte Tage der Teilung, S. 38.

44 Pressemitteilung vom 13. 9. 1989.

45 Ebda.

46 „Rheingau-Echo“ vom 12. 10. 1989.

47 Pressemitteilung der CDU Hessen Nr. 294/89. Privataarchiv Linda Kreckel.

Franz Josef Jungs eigentlicher „Einstieg“ in den Prozess der deutschen Wiedervereinigung, der hier natürlich nur kursorisch und in skizzenhafter Form dargestellt werden kann⁴⁸, begann dann am 20. September 1989. Er las, wie gewohnt, morgens beim Frühstück die FAZ. Dabei fiel sein Blick auf einen veröffentlichten Brief von vier Mitgliedern der Ost-CDU und der evangelischen Kirche. In diesem bereits am 17. September verfassten „Brief aus Weimar“⁴⁹ forderten seine Autoren Reformen in der DDR. Oberkirchenrat Martin Kirchner (der spätere Generalsekretär der Ost-CDU), die Pfarrerin Christine Lieberknecht (die spätere Ministerpräsidentin von Thüringen), Kirchenrat Dr. Gottfried Müller, (der spätere Landtagspräsident von Thüringen), und die Rechtsanwältin Martina Huhn wandten sich in ihrem Schreiben an die Mitglieder und den Vorstand ihrer Partei – damals noch eine der Blockparteien unter SED-Vorherrschaft, um „die Ost-CDU zu reformieren und diese für die Reform der Gesellschaft tauglich zu machen.“ Zahlreiche Freiheits- und weitere Grundrechte wurden hier artikuliert, so u. a. die Forderung nach Reise-, Meinungs- und Pressefreiheit. Mit einer klaren Absage an die Propagandaformel vom „demokratischen Zentralismus“ wurde das unbedingte Führungsprinzip innerhalb der Partei in Frage gestellt.⁵⁰ Jung faszinierte dieses Schreiben, da bisher von Seiten der West-CDU konsequenterweise keinerlei Kontakt zur Ost-CDU als Blockpartei bestand. Für ihn stellte dieser ihn „geradezu elektrisierende“⁵¹ Brief „erstmal ein[en] seriösen Impuls für Freiheit“ dar.⁵² Für ihn war sofort klar, „diesen Faden aufgreifen“ zu müssen.⁵³ Dies ist ein schönes Beispiel für Jungs Bauchpolitik, für sein Talent und sein Gefühl, rechtzeitig zu erkennen, wie sich Dinge entwickeln. Schnell hatte er Walter Wallmann, der ebenfalls eine feine Nase für grundlegende Entwicklungen hatte, von seiner Idee

48 Ausführlich ist dieser Prozess unter Beteiligung der Hessen-CDU und somit auch Jungs in seinem Buch „Die letzten Tage der Teilung“ dargestellt. Siehe dazu auch HEIDENREICH, B.: CDU Hessen – Vorreiter der Deutschen Einheit, in: B. Heidenreich/W. Wolf (Hg.): Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995. 50 Jahre CDU Hessen. Köln 1995, S. 155–176. In knapper Form ist die Entwicklung der Beziehungen von Hessen und Thüringen zwischen 1989 und 1990 auch dargestellt in: Hessisches Hauptstaatsarchiv (Hg.): Hessen und Thüringen – Nachbarn und Partner. Begleitheft. Ergänzender Beitrag zur Ausstellung „20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit.“ Wiesbaden 2009, S. 35–61.

49 Abgedruckt in JUNG, Letzte Tage der Teilung, S. 189–196. Siehe dazu auch JÄGER, W./WALTER, M.: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90. Köln 1998, S. 3–6.

50 Zit. nach JUNG, Eine bewegte und bewegende Zeit, S. 103. Siehe JUNG, F.J.: 25 Jahre deutsche Einheit. Eine beispiellose Erfolgsgeschichte, in: Hessenkurier vom Oktober 2015, S. 16–20, hier S. 18.

51 JUNG, 25 Jahre deutsche Einheit, S. 18.

52 JUNG, Letzte Tage der Teilung, S. 54.

53 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

überzeugt und beide beschlossen, die Reformer innerhalb der Ost-CDU zu unterstützen, in der Hoffnung, dass diese sich aus der Vormundschaft der SED lösen könne und es zu einer Ablösung des bisherigen SED- und moskautreuen Parteichefs Gerald Götting komme. Diese Ideen der Hessen-CDU stießen in der Bundes-CDU nicht überall auf Gegenliebe. Jung lud dann die vier Unterzeichner zu einem für zunächst Ende Oktober geplanten, dann auf den 11. November terminierten deutschlandpolitischen Kongress der Hessen-CDU ein und erklärte am 19. September auf der Landespressekonferenz:

„Ich bin sicher, daß es innerhalb der Ost-CDU neben zahlreichen SED-Hörigen auch viele vernünftige Köpfe gibt, die auf Freiheit, Menschenrechte, auf Abschaffung des Wahlbetrugs und der Pressezensur im anderen Teil Deutschlands drängen. Mit der Gleichschaltung der Parteien in der DDR muss Schluß sein, Christdemokraten sollten sich endlich auch in der DDR frei entfalten können. [...] Wir müssen im Interesse von Freiheit und Menschenrechten diese vielleicht einmalige Chance nutzen.“⁵⁴

Eine rückblickend weitsichtige und konsequente Haltung und Entscheidung, die seinem christlichen Menschenbild und Werteverständnis ebenso entsprach wie seiner Solidarität mit den ostdeutschen Landsleuten. Natürlich war mit der Einladung keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR beabsichtigt, denn zu diesem Zeitpunkt war im Traum nicht daran zu denken, eine Distanzierung der Ost-CDU von der SED zu forcieren – der Ost-CDU-Vorsitzende Götting lehnte diese Einladung dann ja logischerweise auch ab und die vier Reformer erhielten keine Ausreisegenehmigung. Dennoch betonte Jung in seinem Einladungsschreiben vom 20. September in seiner Funktion als Generalsekretär:

„Die CDU Hessen will alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um reformerische Kräfte innerhalb der Ost-CDU in der DDR ihre Unterstützung zukommen zu lassen. Daher erlaube ich mir, Sie und Ihre Freunde in der CDU, die mit ihrem Schreiben in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten sind, zu einem deutschlandpolitischen Kongreß unserer Landespartei Ende Oktober einzuladen. Wir sind sicher, daß es innerhalb der Ost-CDU mit Ihnen viele Menschen gibt, die auf die Einleitung eines Reformprozesses im anderen Teil Deutschlands drängen und Freiheit und Menschenrecht für ihre Mitbürger einfordern. Vielleicht könnte Ihre Teilnahme an unserem Kongreß ein erster Schritt in diese Richtung sein.“⁵⁵

54 JUNG, Letzte Tage der Teilung, S. 59.

55 Ebda., S. 61.

In der am gleichen Tag stattgefunden Landtagsdebatte entwickelte sich als Folge einer Regierungserklärung Walter Wallmanns zum Flüchtlingsstrom aus der DDR eine deutschlandpolitische Grundsatzdebatte. Für SPD und Grüne stellte sich die deutsche Frage nicht neu. Joschka Fischer sprach von „Wiedervereinigungsillusionen“ und erklärte:

„Vergessen wir die Wiedervereinigung! Sie glauben daran, ich glaube nicht daran. Warum halten wir nicht für die nächsten 20 Jahre die Schnauze darüber? [...] Denn diese Wiedervereinigung will außer den deutschen Konservativen [...] in Europa und der Welt niemand.“⁵⁶

Doch schon am 29. September fasste der Landesvorstand der CDU Hessen folgenden Beschluss: „Einigkeit und Recht und Freiheit – die deutsche Frage ist aktueller denn je“, in dem die wesentlichen Forderungen der DDR-Opposition aufgegriffen wurden.⁵⁷

Damit war die hessische CDU der erste Landesverband der West-CDU, der bereits unmittelbar nach Erscheinen des „Briefes aus Weimar“ auf diesen Reformaufruf reagierte und den Kontakt zu den Autoren des Briefes suchte. Sie selbst hatten mit ihrem Brief diese Dimension eines Interesses westlicher Landesverbände eigentlich gar nicht im Blick gehabt, nahmen das signalisierte Interesse aber gern auf.⁵⁸

Die Montagsdemonstrationen gewannen immer mehr an Intensität, v. a. in Leipzig. Dort war erstmals am 2. Oktober der Ruf „Wir sind das Volk“ zu hören und eine Woche später forderten 90 000 Menschen auf den Straßen Leipzigs Freiheit, Selbstbestimmung und das Ende der SED-Diktatur. Bis zum 6. November stieg die Zahl der Montagsdemonstranten dort auf eine halbe Million. Am 4. November demonstrierten rund eine Million Menschen in Ostberlin und forderten Presse-, Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie insbesondere freie Wahlen.⁵⁹ Am 18. Oktober wurde Erich Honecker entmachtet, sein Nachfolger als Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzender wurde Egon Krenz. Zuvor feierte Honecker am 7. Oktober allerdings noch den 40. Jahrestag der DDR, den Helmut Kohl zum „Tag der nationalen Betroffenheit“ erklärt hatte.⁶⁰ Die Hes-

⁵⁶ Ebda., S. 64.

⁵⁷ JUNG, Eine bewegte und bewegende Zeit, S. 103.

⁵⁸ E-Mail-Interview mit Christine Lieberknecht vom 10. 2. 2016.

⁵⁹ Siehe dazu und zum weiteren Verlauf der Revolution in der DDR: WEBER, H.: DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990. Hannover 1991, S. 211–243, hier S. 219; MÄHLERT, U.: Kleine Geschichte der DDR. München, 7. Aufl. 2010, S. 153–185.

⁶⁰ Vgl. JUNG, Letzte Tage der Teilung, S. 69.

sen-CDU wollte demgegenüber ein deutliches Zeichen setzen: Die JU des Kreisverbandes Wiesbaden organisierte eine Protestkundgebung, womit den Demonstranten in Ostberlin die nationale Solidarität bekundet werden sollte. Jung, der mit seiner Frau und seinen Kindern an dieser Veranstaltung teilnahm, betonte in seiner Rede:

„40 Jahre DDR sind kein Anlass zum Feiern. Sie bedeuten: 40 Jahre Unterdrückung der Freiheit, 40 Jahre Verweigerung der Menschenrechte, 40 Jahre Herrschaft einer verknöcherten Stalinistenkaste über einen Teil unseres Vaterlands. [...] Die Ereignisse der letzten Wochen, Monate und Tage zeigen, dass die Forderung nach Wiedervereinigung aktueller denn je ist, dass die deutsche Frage auf der Tagesordnung steht. [...] Die Idee der Freiheit wird den Marxismus und Sozialismus überwinden. Dann werden die Deutschen in Freiheit über ihre Einheit entscheiden können.“⁶¹

Was die Ost-CDU betraf, kam es in diesen Tagen ebenfalls zu einem wesentlichen Wandel. Den Reformkräften gelang es, Götting am 2. November zum Rücktritt zu bewegen.⁶² Martin Kirchner informierte Jung in einem Telefonat darüber und vereinbarte mit ihm, da er selbst nach wie vor keine Ausreisegenehmigung erhielt, ein Treffen in Ostberlin. Jung informierte darüber Kohl und CDU-Generalsekretär Volker Rühe. Am 6. November vereinbarten Jung und Kirchner Ort und Zeitpunkt für ihr konspiratives Treffen: Der 9. November im Konsistorium der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg in Ostberlin.⁶³ Jung besorgte sich ein Tagesvisum und flog mit einer kleinen Delegation der Hessen-CDU und einigen Medienvertretern, darunter auch ein Kamerateam mit dem damaligen HR- und späteren ZDF-Journalisten Dietmar Ossenberg nach Ostberlin. Die Gruppe war gut vorbereitet: Während der Reise führten Jung und die anderen Mitglieder gut versteckt unter ihren Pullovern eine Taschenausgabe des Grundgesetzes, Statuten der hessischen CDU und die Verfassung von Hessen mit sich.⁶⁴ Die DDR-Grenzer waren wohl nicht fit, sonst wäre ihnen an diesem nebeligen und nasskalten Herbsttag sicher aufgefallen, dass es bei den scheinbar harmlosen Tagesgästen um eine Delegation der Hessen-CDU handelte.⁶⁵

Als sie im Konsistorium den Besprechungsraum betraten, fiel Bernd Heidenreich, damaliger Grundsatzreferent der CDU-Landtagsfraktion und Mitglied der

61 Ebda., S. 70.

62 Vgl. JÄGER/WALTER, Allianz für Deutschland, S. 15 f.

63 Siehe dazu HEIDENREICH, B.: Start in die Einheit. Der 9. November 1989 und der Beitrag der hessischen CDU, in: Frankfurt Magazin, Nr. 3, Oktober 2015, S. 6 f. Ders., CDU Hessen – Vorreiter der Deutschen Einheit, S. 157–160.

64 Vgl. JUNG, 25 Jahre deutsche Einheit, S. 18; Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

65 Vgl. HEIDENREICH, Start in die Einheit, S. 6.

Delegation, Martin Kirchner als erstes auf, denn einen Oberkirchenrat hatte er sich eigentlich ganz anders vorgestellt.⁶⁶ Ein junger dynamischer Mann mit Bart und moderner grüner Designerbrille empfing die Hessen. Ferner nahm Gottfried Müller teil, damals in seiner Funktion als Chefredakteur der Zeitschrift „Glaube und Heimat“. Auch wurde ihnen ein zu diesem Zeitpunkt noch unbekannter Herr als Lothar de Maiziere, stellvertretender Präses der evangelischen Kirche der DDR und möglicher Kandidat für den Vorsitz der Ost-CDU vorgestellt. Zudem nahm mit Kersten Radzimanowski, Abteilungsleiter beim Hauptvorstand der Ost-CDU, noch eine „merkwürdige Figur“ teil, vermutlich der obligatorische Stasispitzel.⁶⁷ Christine Lieberknecht konnte diesem Treffen jedoch nicht beiwohnen, weil sie zur gleichen Zeit mithalf, die JU der Ost-CDU zu organisieren. Das Gespräch verlief sehr offen in einer recht angenehmen und positiven Atmosphäre. Jung und de Maiziere tauschten sich über christliche Werte und andere Gemeinsamkeiten beider CDU-Teile aus.⁶⁸ Neben dem CDU-Grundsatzprogramm hatte Jung den Gastgebern dafür auch noch einige weitere programmatische Papiere der West-CDU mitgebracht.⁶⁹ Zwar betonte de Maiziere, dass „man sich aus den Zähnen und Klauen des Sozialismus befreien müsse“⁷⁰, dennoch lehnte er diesen nicht entschieden ab, sondern meinte nur, dass er „neu buchstabiert werden müsse.“⁷¹ Auch sei es „nicht hilfreich, von der deutschen Einheit zu reden.“⁷² Ihm war wichtig, dass die Reformer einen eigenen Weg gehen und sich nicht bevormunden lassen sollten.⁷³

Für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zeigte de Maiziere allerdings Interesse. Insgesamt sollten die christlichen Grundwerte die Basis für ein gemeinsames Vorgehen bilden.

Franz Josef Jung hatte in dieser Runde keine leichte Aufgabe. Auf der einen Seite galt es, die Ernsthaftigkeit des demokratischen Reformwillens seiner Gesprächspartner herauszufinden⁷⁴, andererseits war es wichtig im Auftrag der Hessen-CDU seine Hilfe und Unterstützung anzubieten, ohne gleich „mit der Tür ins Haus zu fallen.“⁷⁵ Er vollzog diesen Spagat mit großem Geschick. Jung deutete die Frage der deutschen Einheit an, hütete sich aber, den Reformern das Gefühl zu

66 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

67 Ebda.

68 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

69 Vgl. JÄGER/WALTER, Allianz für Deutschland, S. 28.

70 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

71 WALLMANN, Memoiren, S. 189.

72 Ebda.

73 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

74 Vgl. HEIDENREICH, CDU-Hessen – Vorreiter der deutschen Einheit, S. 158.

75 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016, vgl. JUNG, 25 Jahre deutsche Einheit, S. 18.

vermitteln, sie würden vom Westen vereinnahmt oder überwältigt werden. Vielmehr nahm er die Reformer der Ost-CDU ernst und respektierte sie als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe.

Auch Kirchner und Müller wollten den Kontakt zwischen Hessen und Thüringen vertiefen, Wirtschaftsgespräche wurden vereinbart, Kreis- und Städtepartnerschaften waren geplant. In diesem rund vierstündigen Gespräch, das gegen 16.00 endete, kam auch die Diskussion auf, wann wohl die Mauer fallen könne. Wenige Stunden später, Jung war schon nach Hause geflogen, war es dann soweit: Am Abend des 9. November wurden die Grenzen in Berlin geöffnet, die Mauer war gefallen und das Ende der DDR besiegelt, auch wenn es viele an diesem Tag immer noch nicht wahrhaben wollten oder glauben konnten. Jung lief es, wie er auch heute noch betont, „eiskalt über den Rücken“, als er die Bilder von Schabowskis Pressekonferenz in den Nachrichten verfolgte.⁷⁶ Er war sich schon zu diesem Zeitpunkt sicher, dass die deutsche Einheit kommen würde und er stieß mit seiner Familie auf dieses für ihn heute noch bewegende Ereignis mit einem Glas Wein an. Am nächsten Tag berichtete er Walter Wallmann von den Ergebnissen des Treffens in Ostberlin. Daraus sollte sich nun all das im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses entwickeln, was in Hessen eingeleitet wurde. Hierbei war eine ganz wichtige Leistung von Franz Josef Jung, dass er „das Eisen geschmiedet hat, solange es heiß war.“⁷⁷ Er knüpfte ein Netz von Aktivitäten und entscheidenden Kontakten für die weitere Arbeit mit Kirchner und de Maiziere, der am 10. November zum neuen Vorsitzenden der Ost-CDU gewählt worden war. Daraus entwickelte sich ein parteiinternes Aktionsprogramm, bestehend aus Begegnungen auf CDU-Ebenen wie Tagungen, Verabschiedungen von 10-Punkte-Programmen und gemeinsamem Arbeitssitzungen.

Drei Tage nach dem Fall der Mauer erfolgte die Öffnung der hessischen Grenze zur DDR. Jung flog mit Wallmann im Hubschrauber zur innerdeutschen Grenze. Die Freude und Begeisterung der Menschen waren für ihn unbeschreiblich und ein hochemotionales Erlebnis. Die Hessen-CDU wurde ja hinsichtlich ihrer Position zur deutschen Frage völlig zu Unrecht oft als „Ewiggestrige“ verurteilt, auch bei ihren früheren deutschlandpolitischen Kundgebungen wie z. B. in Philippsthal.

Nun folgten zahlreiche Treffen mit Vertretern der sich reformierenden Ost-CDU, der Anfang Oktober gegründeten Reformpartei „Demokratischer Aufbruch“ (DA) und der ebenfalls neu gegründeten „Deutschen Sozialen Union“ (DSU). Im Folgenden kann hier nur auf die wichtigsten Begegnungen, Ereignisse und Maßnahmen eingegangen werden.

⁷⁶ Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

⁷⁷ Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.



Franz Josef Jung und Ministerpräsident Walter Wallmann am Grenzübergang Herleshausen am 12. November 1989

So reisten Walter Wallmann und Franz Josef Jung am 24. November zu einem Informationsbesuch in die Ständige Vertretung nach Ostberlin.⁷⁸ Gespräche mit dem neuen CDU-Vorsitzenden Lothar de Maiziere und Vertretern des DA, unter anderem dem Jugendpfarrer Rainer Eppelmann und Wolfgang Schnur (später als Stasi-Mitarbeiter enttarnt⁷⁹), standen auf dem Programm. Konkret ging es um Hilfsmaßnahmen von Seiten Hessens. Anschließend kam es auch zu einer Begegnung mit Manfred Stolpe, dem damaligen Konsistorialpräsidenten der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und späteren brandenburgischen Ministerpräsidenten, und deren Bischof Gottfried Forck. Hier verwies Stolpe auf Ibrahim Böhme als aussichtsreichen Kandidaten als Vorsitzender der neugegründeten SDP. Vor diesem Treffen war es zu einer harten Auseinandersetzung zwischen Jung und CDU-Generalsekretär Volker Rühle gekommen, der zuvor am 20. September in einer Presseinformation erklärt hatte, dass es „Kontakte auf Parteiebene mit der

78 Siehe dazu auch WALLMANN, *Memoiren*, S. 192–194.

79 Siehe dazu JÄGER/WALTER, *Allianz für Deutschland*, S. 137–144.

Führung der Ost-CDU nicht geben“ könne⁸⁰. Auch jetzt stand er der Kooperation der Hessen-CDU mit der thüringischen CDU mehr als skeptisch gegenüber. Jung gelang es erst Monate später, ihn von der Reformwilligkeit der Ost-CDU und den sich daraus ergebenden Chancen zu überzeugen. Auch Hans Modrow, seit 13. November neuer Ministerpräsident der DDR, wollte Wallmann und Jung treffen. So kam es zu einem vertraulichen Gespräch unter sechs Augen, in dem Modrow – allerdings erfolglos – für einen Einsatz Wallmanns und Jungs bei Helmut Kohl für einen 15 Mrd.-Kredit warb.⁸¹ Kohl lehnte zu Recht die finanzielle Unterstützung einer nichtdemokratisch legitimierten Regierung ab. Zudem hätte ein derartiger Kredit die Existenz des SED-Regimes nur noch unnötig verlängert.

Einen Tag später am 25. November trafen Wallmann und Jung in Kassel mit den Thüringer Bezirksvorsitzenden (Suhl, Erfurt, Gera) zusammen. Hierbei ging es um konkrete Überlegungen einer Zusammenarbeit zwischen Hessen und Thüringen, wie z. B. Unterstützung im Straßenbau, öffentlichen Nahverkehr oder im Umweltschutz, in der medizinischen Versorgung, in Kultur, Wissenschaft und Sport. Wallmann und Jung machten allerdings deutlich, dass die Soziale Marktwirtschaft die Grundlage bilden müsse und seitens der noch existenten Bezirke im späteren Bundesland Thüringen ein klares Bekenntnis zur deutschen Einheit erforderlich sei.

Am 2. Dezember war dann die gesamte Spitze der Hessen-CDU mit Kabinettsmitgliedern in Thüringen mit dem Bus unterwegs: Jena, Erfurt, Weimar und Eisenach wurden besucht, weitere Gespräche für gemeinsame Entwicklungen wurden geführt. Bei dieser Gelegenheit traf Jung auch zum ersten Mal Christine Lieberknecht, die ihm anbot, mit ihr von Jena nach Weimar zu fahren. Jung sagte zu und kam so das erste Mal in den „Genuss“, in einem Trabi zu fahren. Aufgrund seiner Größe musste er sich regelrecht in das Gefährt hineinzwängen, und dann ging es durch das kurvenreiche Mühlthal als Teil des Regierungskonvois, noch von den Ladas der Stasi verfolgt.⁸² Während Franz Josef Jung mit den sprichwörtlichen „Knien an den Ohren“ saß, sprach er mit Lieberknecht über die Perspektiven einer eigenständigen Jugendorganisation nach dem Vorbild der Jungen Union.⁸³

Die Ideen, Vorschläge und Anregungen der hessischen Delegation wurde seitens der Thüringer Politiker äußerst positiv aufgenommen, so dass die hessische Landesregierung am 5. Dezember ein Aktionsprogramm „Hessen-Thüringen“ im Umfang von 500 Millionen DM sowie ferner einen Bürgerschaftsrahmen in Höhe

80 JUNG, Letzte Tage der Teilung, S. 65, vgl. JÄGER/WALTER, Allianz für Deutschland, S. 24.

81 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

82 E-Mail-Interview mit Christine Lieberknecht vom 10. 2. 2016, Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

83 E-Mail-Interview mit Christine Lieberknecht vom 10. 2. 2016.

von ebenfalls 500 Millionen Mark auflegte. Die war als erster Schritt für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Hessen und Thüringen gedacht und diente der Zusammenarbeit von hessischen Firmen mit Betrieben, v. a. privaten Kleinunternehmen, in Thüringen.⁸⁴ Die Mittel sollten konkret in die Bereiche Gesundheitswesen, Umweltschutz, Verkehrswege und Denkmalpflege fließen.⁸⁵ Mit deren Hilfe wurde u. a. das Andreasviertel in Erfurt restauriert und neugestaltet.⁸⁶ Die Sanierung derartiger Altstadtviertel stellte auch eine politische Aussage dar, um u. a. dadurch Ziele der Opposition in der DDR umzusetzen und bewusst gegen Pläne der Anfang 1990 noch herrschenden SED-Bezirksregierungen vorzugehen. So wurden beispielsweise noch im Januar 1990 auf Anweisung der Erfurter SED-Führung Häuser des Andreasviertels abgerissen.⁸⁷ Mit dieser Soforthilfe trug Hessen auch erfolgreich dazu bei, den am 28. November von Helmut Kohl im Bundestag vorgestellten Zehn-Punkte-Plan in konkrete, den Menschen zu Gute kommende Politik auf Landesebene umzusetzen, ihnen somit neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben und sie zum Bleiben zu bewegen. Wie sehr dieses Aktionsprogramm sowie die weitere Aufbauhilfe Hessens gegenüber Thüringen zu einem Erfolgsmodell wurde, verdeutlicht eine Bilanz 25 Jahre nach dem Ende der deutschen Teilung. Auch wenn Thüringen wirtschaftlich mit Hessen noch nicht ganz gleichgezogen hat, so hat es gegenüber Hessen „phänomenologisch [...] nicht nur aufgeholt, sondern überholt“⁸⁸, so z. B. in der Verkehrsinfrastruktur. Weitere Beschlüsse bezüglich der Zusammenarbeit zwischen West- und Ost-CDU wurden auf einem kleinen Parteitag des CDU-Bundesausschusses in Berlin gefasst, in dessen Verlauf Helmut Kohl, begeistert von Jungs bisherigen Leistungen und Engagement im Hinblick auf Thüringen, ihm gegenüber äußerte: „Du bist ein Schatz, solche Leute wie Dich bräuchte ich mehr.“⁸⁹

Jung wollte aber auch eine breite Gestaltung und Verankerung der Hilfsmaßnahmen auf Kreis- und Kommunalebene. Ihm ging es nicht nur um Kontakte mit den wichtigen politischen Vertretern, sondern er legte großen Wert auf die Begegnungen mit den Menschen vor Ort. Von daher plante er in seiner Verantwortung als Generalsekretär der hessischen CDU schon seit November eine Großveranstaltung der Partei im Grenzgebiet zu Thüringen. Als Ort wählte er bewusst Philipps-

84 Siehe dazu ausführlich BRANDES, K.: Hessen und Thüringen – Wege zur Partnerschaft. Das Aktionsprogramm 1989 bis 1994, hg. von N. Kartmann u. D. Schipanski. Frankfurt 2009, S. 33–153.

85 Dokument 2, in: ebda., S. 519.

86 Vgl. Hessische Hauptstaatsarchiv (Hg.): Hessen und Thüringen, S. 56 f.

87 Ebda., S. 56.

88 MÜLLER, C. P.: Die Aufbauhilfe in Thüringen war nicht vergebens, in: FAZ vom 29. 9. 2015, S. 37.

89 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

thal am Grenzübergang zu Vacha. Ein symbolträchtiger Ort, hatte dort doch die hessische CDU ja über Jahrzehnte gegen allen Zeitgeist an jedem 17. Juni gegen das SED-Regime und die deutsche Teilung demonstriert. Hier sollten sich nun die Deutschen aus Ost und West begegnen. Nicht nur Walter Wallmann war skeptisch, ob während der Adventszeit genügend Besucher kämen, quasi alle in der Hessen-CDU hatten die Stirn gerunzelt, als Jung die Idee hatte, eine derartige groß konzipierte Begegnungsfeier der hessischen CDU an der innerdeutschen Grenze zu veranstalten. Zwar strahlten alle aus Pflichtbewusstsein einen gewissen Zweckoptimismus aus, an einen Erfolg glaubte im Vorfeld außer Jung aber niemand so recht.⁹⁰ Allerdings rechnete auch er zunächst nur mit rund 2000 Besuchern, Gerüchte gingen aber bald von 8 000 bis 10 000 Menschen aus. Mit 40 000 Menschen sollte es dann an diesem 16. Dezember die größte Veranstaltung in der Geschichte der Hessen-CDU werden (sie ist es übrigens bis heute). Als im Radio die Nachricht kam, dass so viel Menschen dahin unterwegs waren, waren alle erstaunt. Jung und Heidenreich mussten sogar die letzten Meter zu Fuß zurücklegen, weil kein Durchkommen mehr war. Höhepunkt dieser Veranstaltung war die Rede von Wallmann. Die Leute waren begeistert: Am Ende der Veranstaltung haben sich die Menschen in ihre gültigen DDR-Pässe Autogramme von Walter Wallmann schreiben lassen und waren so begierig darauf, Informationen zu bekommen, dass sie „einem die Broschüren förmlich aus den Händen rissen.“⁹¹ Kein einziges Stück Papier lag am Ende auf dem Platz, die Thüringer hatten alles mitgenommen. Für Wallmann und Jung stellte sich angesichts einer emotional derart aufgeladenen Atmosphäre dann die Frage: Wie beenden wir diese Veranstaltung? Stellen doch Emotionen ja auch eine große Verantwortung für die Veranstalter dar. Wallmann sagte: „Wir singen „O Du fröhliche“ statt der Nationalhymne.“⁹² Und so standen die Menschen mit Kerzen in der Hand und sangen gemeinsam dieses wunderschöne Weihnachtslied. Dirk Metz, dem Pressesprecher der Hessen-CDU, liefen die Tränen aus den Augen und vor lauter Aufregung wurde immer nur die erste Strophe gesungen.⁹³ Die Freude, Rührung und Friedlichkeit konnte niemand mehr vergessen, der an dieser Veranstaltung teilgenommen hatte. Natürlich waren es auch für Franz Josef Jung überwältigende Begegnungen und ein herausragendes Erlebnis. Viele Menschen traten an diesem Tag in die CDU ein, der positive und entschlossene Wille zur Einheit Deutschlands wurde zum Ausdruck gebracht. Bewusst ein Signal aussendend, hatte Jung diese Veranstaltung als deutsch-deutsche Begegnung unter dem Motto „Grenzenlos – Gemeinsam für Deutschland“

90 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

91 Ebda.

92 Ebda.

93 Ebda.

konzipiert.⁹⁴ Übrigens wurden am gleichen Tag die hessischen Gesprächspartner aus der Reformbewegung der Ost-CDU an die Spitze ihrer Partei gewählt: Lothar de Maiziere wurde Vorsitzender, Gottfried Müller sein Stellvertreter und Martin Kirchner Generalsekretär. Die endgültige programmatische Absage der Ost-CDU an den Sozialismus, ein klares Bekenntnis zur deutschen Einheit und zur sozialen Marktwirtschaft wurden somit klar betont.

Die Bindungen zwischen hessischer und thüringischer CDU intensivierten sich weiter. Am 22. Dezember trafen in Wiesbaden Franz Josef Jung, Gottfried Müller und Martin Kirchner zusammen. Bei diesem Treffen ging es um Kreispartnerschaften, so z. B. zwischen Marburg und Eisenach, Frankfurt und Weimar, wo es historische Bezugspunkte gab. Die meisten Kreispartnerschaften wurden allerdings recht zufällig verteilt, dennoch bestehen sie auch heute noch erfolgreich, wie u. a. das Beispiel Rheingau-Taunus-Kreis und Rudolstadt zeigt.⁹⁵ Der Grundstein für ein großes Engagement der Hilfe, sowohl auf humanitärer Ebene wie auch im Wahlkampf bei der ersten freien Wahl in der DDR und später in Thüringen, wurde hier mit diesen alle Kreisverbände in Thüringen umfassenden Paten- bzw. Partnerschaften gelegt. Beispielhaft sei ein am 28. Dezember mit LKW durchgeführter Transport von medizinischem Material (u. a. Einwegspritzen und Mullbinden), gespendet von der Firma Braun aus Melsungen, für das evangelische Krankenhaus in Eisenach erwähnt. Die dort herrschenden üblen hygienischen Verhältnisse (u. a. verrostete Stahlbetten) waren, so Jung, unvorstellbar. Die dortigen Krankenschwestern waren unglaublich dankbar angesichts der zahlreichen persönlichen Hilfeleistungen.⁹⁶ Das Gefühl der Dankbarkeit fasst stellvertretend für zahlreiche Thüringer Christine Lieberknecht, die, geprägt durch die familiären Wurzeln ihrer südhessischen Großmutter, von Kindheit an auch während der Teilung eine ganz eigene „Hessen-Affinität“ besaß, treffend zusammen:

„So trat neben dem historischen Zusammengehörigkeitsgefühl unserer hessischen und thüringischen Landschaften (Heilige Elisabeth, Reformation, Johann Wolfgang von Goethe, Gebrüder Grimm, Frankfurter Paulskirche) auch ein familiäres Zusammengehörigkeitsgefühl. Das war ein idealer Boden, sich sehr schnell auch eines Geistes mit den hessischen CDU-Politikern zu fühlen, die vor allem eines erkennen ließen: Wir gehören zusammen. Das alles war allerdings überhaupt nicht ‚überstülpend‘ oder vereinnahmend. Walter Wallmann legte allergrößten Wert auf Augenhöhe und zollte großen Respekt für die Leistungen der friedlichen Revolution. Franz Josef Jung hielt es ganz genauso. Schnelle Hilfe, das Glück des friedlichen Mauerfalls beim Schopfe fassen und

94 Vgl. JUNG, Letzten Tage der Teilung, S. 139.

95 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015, vgl. WALLMANN, Memoiren, S. 198 f.

96 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

daraus eine eigene Verantwortung in historischer Stunde zu erkennen, das war in der ganzen hessischen CDU damals durchgehende Linie. Mit innerster Überzeugung wurde unkomplizierte Hilfe auf allen Ebenen geleistet. Das legendäre 250-Millionen-DM-Paket wurde innerhalb weniger Tage im hessischen Kabinett beschlossen. Neben der finanziellen Leistung stand es mindestens in gleicher Weise auch für eine echte Herzensangelegenheit.“⁹⁷

1990 warfen die geplanten ersten freien Wahlen zur DDR-Volkskammer ihre Schatten voraus. Wie könnte es der CDU gelingen, diese – zunächst für den Mai geplanten – Wahlen zu gewinnen, mit wem könnte und sollte sie kooperieren? Ist die Ost-CDU ein akzeptabler Partner? Zentrale Fragen, die z. T. in heftiger Form kontrovers diskutiert wurden, war doch in der Bundes-CDU ja noch längst nicht entschieden, wie mit der Ost-CDU umzugehen ist.⁹⁸ Zwei Denkschulen konkurrierten miteinander: Volker Rühe lehnte eine Zusammenarbeit mit der Ost-CDU nach wie vor ab, da es sich in seinen Augen um eine alte Kaderpartei und somit um einen Ableger der SED handele. Mit diesen Genossen sollte man nichts zu tun haben. Die andere Denkschule wurde v. a. von der Hessen-CDU und somit von Franz Josef Jung, dem hier ein entscheidendes Verdienst zukommt, geprägt. Schließlich gab es in der Ost-CDU auch einzelne Elemente, in der unter der Kruste der Diktatur klassisches Gedankengut der CDU lebendig geblieben war. Für diese Menschen bot die Ost-CDU somit eine Nische, um sich dem Zugriff der SED zu entziehen. Sie stellten in den Augen Jungs ein wesentliches Potential für eine demokratische Erneuerung dar. Er wollte von daher diejenigen Menschen, die sich das eigentliche CDU-Gedankengut bewahrt hatten, quasi als Grundlage für den demokratischen Erneuerungsprozess in der DDR mitnehmen. Ausgehend von der erfolgreichen Kooperation der hessischen und thüringischen CDU, sollte also die Ost-CDU als Partner einbezogen und unterstützt werden. Für Jung hätte deren Abweisung ein negatives Signal dargestellt, und das kurz nachdem er am 22. Dezember mit den thüringischen Kreisverbänden die Partnerschaften vereinbart hatte. Weiterhin betonte er, mit Rückendeckung durch Walter Wallmann, dass die Menschen sich bei ihrem Wahlverhalten an einer Gesamt-CDU und Helmut Kohl orientieren würden, nicht aber eine Ost-CDU im Blick hätten. Kam es am 5. Januar in dieser Frage noch zu einer harten telefonischen Auseinandersetzung zwischen Volker Rühe und Franz Josef Jung, wurde dann am 19. Januar im Bonner Kanzleramt über das weitere Vorgehen und die Wahlkampfstrategie zwischen Kohl, Wallmann und Jung sowie Kirchner diskutiert. Als Ergebnis

97 E-Mail-Interview mit Christine Lieberknecht vom 10. 2. 2016.

98 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016; HEIDENREICH, CDU-Hessen – Vorreiter der deutschen Einheit, S. 161 f.

fand Helmut Kohl folgenden gelungenen Kompromiss: „Weißte was, wir machen eine Allianz für Deutschland“, sagte er zu Jung und forderte ihn auf: „Jung, guck doch mal, ob Du das in Thüringen hinkriegst.“⁹⁹ Damit sollten die bürgerlichen Parteien in der DDR zu einem Wahlbündnis zusammengefasst werden. Die „Allianz für Deutschland“ wurde also als eine Art Versuchsprojekt für Thüringen beschlossen, erst dann wurde sie auf DDR-Ebene möglich. Ausgehend von Jung über Walter Wallmann und Alfred Dregger hatte die Hessen-CDU in dieser Phase nicht nur eine Pionierfunktion inne, sondern leistete im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn die notwendige Überzeugungsarbeit.¹⁰⁰

Schon einen Tag später erfolgte die Neugründung des CDU-Landesverbandes Thüringen in Weimar unter Teilnahme Walter Wallmanns und Franz Josef Jungs. Ohne hessische Starthilfe wäre die Gründungsversammlung der Thüringer CDU wohl nur schwer durchführbar gewesen, mussten doch so vermeintlich banale Fragen wie die Heizung im Winter geklärt werden. Also wurde eine Zeltheizung von Hessen nach Weimar transportiert, um eine Zusammenkunft überhaupt erst möglich zu machen.¹⁰¹ Uwe Ehrich wurde zum Vorsitzenden gewählt. Ebenso gründete sich der thüringische Landesverband des DA.¹⁰² Die Hessen-CDU sagte ihre organisatorische Unterstützung im Wahlkampf zu. Am 24. Januar führte Jung auch ein Gespräch mit einem Vertreter des DA in Wiesbaden hinsichtlich der Unterstützung durch die Hessen-CDU. Gleiches erfolgte zwei Tage später bei einem Gespräch in Leipzig mit dem DSU-Vertreter, Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling. Eile war geboten, denn am 28. Januar waren die Wahlen nach Verhandlungen zwischen Vertretern des Runden Tisches und der Regierung Modrow auf den 18. März vorverlegt worden.

Eine Sorge Helmut Kohls war, dass Kurt Masur, der prominente und allseits geachtete Dirigent des Leipziger Gewandhauses, zur SPD gehen könne. Kohl war aber bekannt, dass Ebeling einen guten Kontakt zu Masur hatte. Somit sollte Jung mit Ebeling sprechen mit dem Ziel, dass dieser auf Masur einwirken solle, die SPD nicht zu unterstützen. Ebeling konnte Jung in ihrem Gespräch aber garantieren, dass Masur neutral bleiben werde. Kohl hatte Jung um Rückruf, egal um welche Uhrzeit, gebeten. Jung rief dann nachts gegen 23:30 an. Hannelore Kohl war am

99 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015; siehe dazu auch KOHL, H.: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. Meine Erinnerungen. München Neuaufgabe 2014, S. 178–181; SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 542.

100 Telefongespräch mit Christine Lieberknecht vom 19. 2. 2016.

101 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016; HEIDENREICH, CDU Hessen – Vorreiter der deutschen Einheit, S. 166 f.

102 Zu den Parteien siehe: Parteien im Aufbruch. Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990. Hg. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. St. Augustin 1990.

Apparat und nicht gerade begeistert über die vermeintliche Störung, Kohl jedoch über Jungs positive Nachricht natürlich hochofreut.¹⁰³

Auf dem CDU-Landesparteitag am 27. Januar in Friedberg war auch die Thüringer CDU vertreten. An die dortige Euphorie und Aufbruchstimmung denkt Jung noch heute gerne zurück.

Offiziell und formal wurde die „Allianz für Deutschland“ in Thüringen dann am 1. Februar zwischen den Landesvorsitzenden Uwe Ehrich (CDU), Dr. Paul Lattusek (DSU), Horst Schulz (DA) und, als Vertreter der Hessen-CDU, Franz Josef Jung gegründet. Thüringen und Jung als Vertreter Hessens waren somit Vorreiter dieser Entwicklung, denn DDR-weit kam es zur Gründung der Allianz erst am 5. Februar.¹⁰⁴ Angela Merkel fand ihren Weg in die CDU übrigens über den DA. Somit ist es indirekt auch Jungs Verdienst, dass Merkel heute das Aushängeschild der CDU ist.

Angesichts des neuen Wahltermins standen nun Helmut Kohl, die CDU und somit auch Franz Josef Jung unter erheblichem Druck. Galt es doch innerhalb kürzester Zeit auch in Thüringen einen Wahlkampf zu organisieren. Jung, der sein Talent als grandioser Wahlkampfmanager schon des Öfteren unter Beweis gestellt hatte, war für diese Aufgabe geradezu prädestiniert.¹⁰⁵ Der Wahlkampf wurde zu einem ganz erheblichen Teil von Hessen aus organisiert. Die Hessen-CDU stattete die Thüringer CDU mit Material aus, so z. B. mit dem Aufkleber „Land Thüringen – Träume werden wahr“, der in Hessen produziert wurde: Ihr erster Vorsitzender Uwe Ehrich wurde in Hessen beraten, allerdings musste er mit seinem Westhandy immer vom Burschenschaftsdenkmal in Eisenach aus telefonieren, weil sonst kein Empfang möglich war. Es war letztlich eine strategische Frage, die Ost-CDU mit ihrer Infrastruktur zu nutzen. Dies zu tun, war richtig, denn hier wurde der Grundstein für den Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ gelegt. Allerdings gilt auch, dass „ohne die damaligen Geschäftsstellen, ohne die Infrastruktur der Ost-CDU die Macht der SED im Wahlkampf gar nicht zu brechen gewesen wäre.“¹⁰⁶ Dieser Wahlkampf bedeutete für viele Menschen zudem einen „demokratischen Läuterungsprozess.“¹⁰⁷ Die letztlich auf Jungs Initiative erfolgte Entscheidung, diese Menschen nicht auszugrenzen, erwies sich als richtig. Sie hatten in der DDR ja auch Nachteile in Kauf genommen, indem sie Mitglied der Ost-CDU statt der SED waren. Chefpositionen blieben ihnen beispielsweise immer verwehrt. Mit ihrer CDU-Mitgliedschaft hatten derartige Politiker auch

103 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

104 Vgl. KOHL, Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung, S. 183.

105 Vgl. zum Folgenden das Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

106 Ebda.

107 Ebda.

ihre Distanz zur SED zum Ausdruck gebracht. Deswegen kam es darauf an, diese Menschen mitzunehmen. „Ohne die hessische CDU und Franz Josef Jung wäre der Volkskammerwahlkampf für die CDU gar nicht ins Rollen gekommen“¹⁰⁸, so Bernd Heidenreich rückblickend.

Kohl wollte somit konsequenterweise mit seinen Veranstaltungen in Thüringen beginnen. Der Wahlkampf der Allianz war geprägt von der Botschaft „Freiheit statt Sozialismus“ und den Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold, andere Parteien sollten, so Jung, ruhig mit Rot werben.¹⁰⁹

Am 20. Februar sollte die erste Großveranstaltung in Erfurt stattfinden. Jung als Wahlkampfmanager traf sich dort schon am 11. Februar mit allen CDU-Kreisgeschäftsführern, besichtigte den Domplatz und hatte die Befürchtung, dass nicht mehr als 10 000 Menschen kommen, die dann auf diesem riesigen Gelände etwas verloren wirken und nicht unbedingt ein den Wahlkampf stimulierendes Bild abgeben könnten. Aber er hatte schon 300 000 Flugblätter mit dem Titel „Kohl kommt“ sowie 15 000 Mastanhänger im Gepäck gehabt. Die Werbung für diese Veranstaltung lief somit auf Hochtouren, also gab es kein Zurück. Und das war gut so. Alle Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet: Am Tag der Veranstaltungen drängten sich rund 160 000 Menschen auf dem Domplatz. Die Menschen skandierten „Helmut, Helmut“-Rufe und jubelten Kohl frenetisch zu. Für Jung ein bewegendes Erlebnis angesichts der Aufbruchstimmung und Veränderungsbereitschaft, die die Menschen hier verkörperten. Die Lautsprechanlage wurde übrigens über Bernhard Jung aus Rüdesheim organisiert.

Nach der Veranstaltung wollte sich Kohl im Restaurant „Hohe Lilie“ noch mit Wolfgang Schnur (DA), Lothar de Maiziere und Hans-Wilhelm Ebeling treffen, die ebenfalls bei der Veranstaltung als Redner aufgetreten waren. Trotz einiger westlicher Gegendemonstranten, die den Haupteingang blockieren wollten, bestand Kohl in seiner unnachahmlichen Art darauf, direkt durch den Haupteingang zu gehen. Anschließend forderten die ostdeutschen Bürger vor dem Restaurant in Sprechchören Kohl auf, ans Fenster zu kommen, der darauf bestand, dass Jung mit dabei ist, eine nette Geste und Zeichen der Anerkennung für dessen Tätigkeit im Wahlkampf. Auf dem Nachhauseweg erfuhr Jung per Radio die neuesten Umfragen. Sie sagten der SPD einen grandiosen Sieg mit 54 % voraus, der CDU jedoch ein Debakel von 7 %.¹¹⁰ Jung, der zunächst einmal geschockt war, konnte und wollte diese Zahlen angesichts der Erlebnisse wenige Stunden zuvor in Erfurt nicht glauben.

108 Ebda.

109 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

110 Ebda.



Franz Josef Jung auf dem CDU-Einigungsparteitag vom 1. 10. 1990 mit Lothar de Maiziere

Zwischen Februar bis März 1990 erfolgten insgesamt 422 Veranstaltungen von Politikern der Hessen-CDU im Thüringer Wahlkampf. Ministerpräsident Walter Wallmann sprach auf fünf Großveranstaltungen, darunter in Meiningen, Jena und Gotha. Jung hatte Auftritte u. a. in Suhl und Gera. Dort sollte er von einem Turmbalkon, den Honecker immer genutzt hatte, sprechen. Jung lehnte dies aus nachvollziehbaren Gründen aber ab, vielmehr verkörperte er Politik und einen Politiker zum Anfassen und mischte sich unter das begeisterte Volk.¹¹¹ Die Stimmung drehte sich in den kommenden Tagen immer mehr Richtung Allianz und somit CDU. Helmut Kohl mobilisiert z. B. in Leipzig 250 000 Menschen; am 6. und 7. März leistete die gesamte CDU-Landtagsfraktion Wahlkampfhilfe in Thüringen.

Die oben skizzierten Aktionen und Veranstaltungen der Hessen-CDU, die ohne das Engagement und die stets positive Haltung von Walter Wallmann und Franz Josef Jung zur deutschen Wiedervereinigung so gar nicht möglich gewesen wären, stellen den historischen Beitrag der CDU Hessen zur Wiedervereinigung dar. Insbesondere Jung, für den dies auch eine Herzensangelegenheit gewesen ist,

111 Ebda.

hatte bis dahin in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Hessen-CDU einen großen Anteil an den demokratischen Reformen der Ost-CDU in Thüringen.

Der 18. März 1990, der Tag der ersten und letzten freien Wahl in der DDR, war der Durchbruch für die Demokratie in der DDR und stellte einen glanzvollen Abschluss und verdienten Erfolg auch für die unermüdlichen Wahlkämpfer und -helfer der Hessen-CDU dar. Mit 48,15 Prozent der Stimmen für die in der „Allianz für Deutschland“ zusammengeschlossenen Parteien war das Wahlergebnis aber auch ein triumphaler Erfolg Helmut Kohls und der CDU insgesamt.¹¹² Es war zugleich ein eindeutiges Bekenntnis zur deutschen Einheit und eine Absage an jede Form des Sozialismus. In Hessens Nachbarland Thüringen konnte die Allianz mehr als 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, davon entfielen allein fast 53 Prozent auf die CDU. Damit erzielte die Thüringer Allianz das beste Wahlergebnis der Allianz in der gesamten DDR. Die CDU Hessen hat hierbei mit ihrem immensen Einsatz die Thüringer Allianz unterstützt und somit einen wichtigen Beitrag zu deren Sieg geleistet. Seit dem 9. November 1989 war sie konsequent ihren Weg gegangen: Als erster Landesverband der Union hatte die hessische CDU Kontakte zu den Reformkräften in der Ost-CDU geknüpft und die Reformer in dem Bemühen um eine Erneuerung ihrer Partei unterstützt. Als erster Ministerpräsident ist Walter Wallmann mit dem neuen Vorsitzenden Lothar de Maiziere zusammengetroffen. Daraus ist eine enge, freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Hessen-CDU und der Thüringer CDU sowie mit den beiden weiteren Allianzparteien DSU und DA entstanden, die in ein Netz von Partnerschaften zwischen den Kreisverbänden der CDU in Hessen und Thüringen und eine beispiellose Zusammenarbeit im Wahlkampf mündete. Ohne die Hessen-CDU hätte sich die West-CDU schwer getan, im Osten einen geeigneten Partner zu finden, zumal der DA kaum in den Regionen verankert war. Christine Lieberknecht beispielsweise ist „der festen Überzeugung, dass die Frage der deutschen Wiedervereinigung ohne die hessische CDU sehr viel schwieriger verlaufen wäre. Möglicherweise wäre sogar das äußerst schmale Zeitfenster für eine mögliche Wiedervereinigung, von dem wir heute wissen, ohne die klare Linie der hessischen CDU verpasst worden.“¹¹³ Die Initiative zu alledem, was in Hessen und von Hessen aus während der Umbruchphase in der DDR entwickelt wurde, ging zu einem erheblichen Maß von Franz Josef Jung aus. Er hat – im Gegensatz zu vielen anderen – ganz früh gespürt, dass in der DDR etwas in Bewegung war und es galt hier rechtzeitig die Weichen in Richtung deutsche Einheit zu stellen. Er entwickelte von daher „einen ständigen Aktionismus der CDU, um das Thema Einheit und Zusammenwachsen am

112 Das Ergebnis in Thüringen lautete für die Allianz 60,17 % (CDU 52,96 %, DSU 5,60 %, DA 1,16 %) gegenüber 17,44 % für die SPD.

113 E-Mail-Interview mit Christine Lieberknecht vom 10. 2. 2016.

Köcheln zu halten.“¹¹⁴ So überlegten beispielsweise Jung, Heidenreich und Dirk Metz, welche Forderungen im Namen der CDU in Thüringen erhoben werden könnten. Sie hatten u. a. die Idee, einen Verkehrsverbund Hessen-Thüringen ins Leben zu rufen oder ein Denkmal für die Opfer des Aufstands vom 17. Juni 1953 zu errichten. „Wir entwickelten einen ganzen Forderungskatalog, um damit den Druck auf die SED zu erhöhen und wollten so den Reformdruck beibehalten.“¹¹⁵ Natürlich ging es nicht um die Erfüllung jeder einzelnen Forderung, sie waren vielmehr oft bewusst provokativ formuliert worden, denn das Verhältnis zwischen Hessen und Thüringen sollte immer enger werden, um so die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland noch rascher durchlässig zu machen. Es galt also in dieser Phase, länderübergreifende Einrichtungen herzustellen und so die deutsche Einheit auf regionaler Ebene voranzutreiben.

„Was Franz Josef Jung in den Anfangsmonaten geleistet hat“, so auch Christine Lieberknecht rückblickend, „war Pionierarbeit für die deutsche Wiedervereinigung. Dafür gibt es meines Wissens auf dieser Ebene und in dieser Konstellation kein zweites Beispiel: klare strategische Überlegungen verbunden mit echter Herzensangelegenheit und tiefem Vertrauen in die Reformkraft der ansonsten weithin beargwöhnten Ost-CDU.“¹¹⁶

Jung selbst ist auch heute noch zu Recht davon überzeugt, dass der Weg zur deutschen Einheit ohne das frühe Engagement der CDU und vor allem des zupackenden Verhaltens Helmut Kohls anders verlaufen wäre. Oskar Lafontaine wollte z. B. die Einheit nicht. Müßig die Frage nach der damaligen Entwicklung, wenn er zu diesem Zeitpunkt Bundeskanzler gewesen wäre.

Die Kontakte zwischen hessischer und thüringischer CDU vertieften sich weiter und so ging die CDU dann auch aus den Kommunalwahlen am 7. Mai in Thüringen als Sieger hervor. Nach der Währungsunion am 1. Juli 1990 und dem Einigungsvertrag vom 31. August wurde am 3. Oktober auch formal die deutsche Einheit feierlich vollzogen. Zuvor war am 1. Oktober in Hamburg der Vereinigungsparteitag der CDU abgehalten worden.¹¹⁷ Jeder Landesverband der Ost-CDU erklärte einzeln seinen Beitritt zur Bundespartei. Christine Lieberknecht sprach dort für Thüringen. „Die Luft hat geknistert“, so Jung rückblickend.¹¹⁸ Um

114 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

115 Ebda.

116 E-Mail-Interview mit Christine Lieberknecht vom 10. 2. 2016.

117 Vgl. JÄGER/WALTER, *Allianz für Deutschland*, S. 93f. Siehe WALLMANN, *Memoiren*, S. 205f.

118 Interview mit Jung vom 26. 5. 2015.

dem Eindruck eines Anschlusses entgegenzuwirken, trat die bisherige Führungsriege der CDU zurück und machte den Weg für Neuwahlen frei. Lothar de Maiziere wurde mit über 97 % zum einzigen Stellvertreter des alten und neuen Vorsitzenden Helmut Kohl gewählt.¹¹⁹ Jetzt gab es wieder eine gemeinsame CDU und somit eine Politik auf gemeinsamer Wertgrundlage. Frau Jung feierte übrigens an diesem Tag ihren 40. Geburtstag, Kohl gratulierte ihr und sagte dabei: „Ihr Mann ist ein wahrer Prachtkerl.“¹²⁰ Am 3. Oktober sprach Jung auf einer Großveranstaltung der Eltviller CDU auf dem alten Sportplatz. Hier ließ er die zentralen Ereignisse, die zur deutschen Einheit führten, noch einmal Revue passieren und betonte abschließend, dass es „der glücklichste Tag in der deutschen Geschichte“ gewesen sei.¹²¹

Nur drei Tage später unterhielt sich Jung rückblickend auf die Großveranstaltungen zum 3. Oktober mit dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble über das Risiko eines möglichen Anschlags eines geistig Verwirrten. „Stellen sich vor da kommt einer auf so einer Feier und macht was, das kann man sich ja gar nicht ausdenken“¹²², äußerte sich der Minister im Rahmen eines von Jung organisierten Kongresses zum Thema „Innere Sicherheit.“ Sechs Tage später wurde Schäuble dann selbst Opfer eines Attentats, als er am 12. Oktober während einer Wahlkampfveranstaltung in Oppenau von einem psychisch kranken Mann niedergeschossen wurde. Jung war nach dem Anschlag auf Schäuble mehr als geschockt, ist aber von dessen Engagement, Energie und Willen bis heute tief beeindruckt.

Für die Landtagswahlen in Thüringen am 14. Oktober trat dann Josef Duchac als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten an. Auch hier gewann die CDU deutlich mit 45,5 %. Der Thüringer CDU-Vorsitzende Uwe Ehrich konnte sich anschließend eine baldige Zusammenlegung von Hessen und Thüringen vorstellen. Die daraufhin folgenden negativen Reaktionen in seinem Heimatland sollten ihn jedoch letztlich sein politisches Amt kosten. Schließlich wollten die Thüringer eben nicht ihre gerade erlangte eigene Identität wieder in Frage stellen bzw. aufgeben.

119 Vgl. JÄGER/WALTER, Allianz für Deutschland, S. 94.

120 Ebda.

121 Interview mit Jung vom 21.7.2015.

122 Interview mit Jung vom 7.10.2016.

Exkurs: Franz Josef Jung und Fragen der „inneren deutschen Einheit“

Jung betonte auch in den folgenden Jahren immer wieder, dass die Wiedervereinigung ein großes Geschenk für die Deutschen sei. So erklärte er beispielsweise am 12. Jahrestag zur deutschen Einheit am 3. Oktober 2002 in Eltville¹²³:

„Auf das historische Geschenk der Einheit können wir Deutsche in Ost und West stolz sein. Der Mut der Ostdeutschen und die Solidarität der Westdeutschen haben diesen Tag möglich gemacht. Über zehn Jahre sind nun seit den bewegenden Bildern vergangen, Bildern der Freude und des Glücks der Deutschen über den Fall der Mauer, über die Beendigung der gewaltsamen Trennung unserer geteilten Nation, Bildern, die von Berlin aus um die Welt gingen. Die Männer und Frauen, ob in Leipzig, Ostberlin, Dresden oder an einem anderen der vielen Orte der damaligen DDR, traten für die Freiheit, für die Herrschaft des Rechts und für die Achtung der Menschenwürde ein. Diese Sehnsucht nach den uns verbindenden Werten hat sich über Jahrzehnte in den Ländern des ehemaligen Ostblocks erhalten.“

Christliche Werte wie Nächstenliebe, Freiheit und soziale Gerechtigkeit haben sich gegen einen atheistischen und kalten, ja menschenverachtenden Sozialismus durchgesetzt, betonte Jung mit tiefer Überzeugung. Zu schnell und zu oft gehe diese grundsätzliche Erkenntnis in der Flüchtigkeit des Alltags verloren. Diese Stärke christlicher Werte sei jedoch kein Grund für selbstgerechte Genugtuung. „Wir als CDU haben auch weiterhin eine ganz besondere Verpflichtung für das C im Namen unserer Partei. Christliche Werte müssen uns immer wieder als Maßstab bei der Formulierung und Gestaltung unserer Politik leiten. Die Geschichte lehrt uns, dass eine Politik des Zeitgeistes der falsche Weg ist“, so Jung. Die CDU müsse ihre christlichen Wurzeln selbstbewusst betonen und den Menschen immer wieder aufzeigen, wie ein derartiger Wertekanon, u. a. die Menschenwürde und Religionsfreiheit, die praktische Politik der CDU unmittelbar bestimme. „Gerade in schwierigen Zeiten des Umbruchs wird deutlich, wie wichtig es ist, einen inneren Kompass für sein persönliches und politisches Handeln zu besitzen.“¹²⁴

Ein Jahr später, 2003, beispielsweise warnte Jung dann in seiner Eigenschaft als CDU-Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag am Vortag der Deutschen Einheit vor einer „geschichtslosen Verdrängung der DDR-Diktatur.“¹²⁵ Es sei eine „unglaubliche Verhöhnung der Opfer“, wenn im 13. Jahr der Deutschen Einheit

123 Pressemitteilung Büro Jung vom 8. 10. 2002.

124 Ebda.

125 Pressemitteilung Büro Jung vom 2. 10. 2003.



Mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch

TV-Sender mit „Ostalgie“-Shows eine Diktatur „weichzeichnen“ und zur gleichen Zeit „schaurige Details“ über Morde im Auftrage der Stasi bekannt würden. „Die vorgegaukelte Kuschel-Atmosphäre der Ostalgie-Shows passt nicht zu den skrupellosen Auftragsmorden der Stasi“, kritisierte der CDU-Politiker. Der „Tag der Deutschen Einheit“ sei ein „wichtiger Tag“, um an Mauer, Schießbefehl und Unterdrückung zu erinnern. „Aber auch um an die unglaublich freudigen Tage im November 1989 zu erinnern – an die vielen Tausend Menschen, die auf die Straßen gegangen sind.“ Dass diese „friedliche Revolution“ ohne Blutvergießen stattgefunden hat, sei ein „unglaubliches Glück“ und auch dem Verhandlungsgeschick großer Staatsmänner wie Michail Gorbatschow, George Bush und Helmut Kohl zu verdanken. „Der 3. Oktober ist ein Tag der Erinnerung und Mahnung zugleich.“ Vor allem die junge Generation wisse immer weniger von den „wahren Vorgängen in der DDR“. „Wir müssen der Legendenbildung entgegenreten“, forderte Franz Josef Jung. „Diffuse Erinnerungen vor allem der jungen Generation ersetzen immer stärker das Wissen um das, was wirklich war. Wir sind es den Opfern des DDR-Regimes schuldig, nicht locker zu lassen und an die vielen Tausend Schicksale zu erinnern.“ Für den Feiertag empfahl Jung einen Besuch der Gedenkstätte „Point Alpha“ an der hessisch-thüringischen Grenze bei Rasdorf oder einer anderen Gedenkstätte. „Hier ist Geschichte greifbar.“ Gerade jungen Menschen wür-

den hier unmittelbar und hautnah die Konsequenzen eines „unmenschlichen Regimes“ vor Augen geführt.¹²⁶

Nach diesen ereignisreichen und turbulenten Wochen und Monaten galt es für die Regierung Wallmann und die hessische CDU nun aber auch wieder, sich auf landesspezifische Fragen und Herausforderungen zu konzentrieren. Franz Josef Jung schwebte eine Modernisierung der hessischen Verfassung vor.¹²⁷ Konkret ging es zum einen um die Direktwahl von Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten, zum anderen die Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung.¹²⁸ Bei einem Treffen im Rheingau, an dem neben Jung noch Dirk Metz und Bernd Heidenreich teilnahmen, wurden diese Ideen konkretisiert. Jung wollte nämlich mehr Bürgernähe in Form direktdemokratischer Partizipationsmöglichkeiten erreichen, ebenso ein wesentliches Anliegen war ihm die Bewahrung der Schöpfung, was wiederum seinem christlichen Werteverständnis entspricht. Walter Wallmann konnte anschließend schnell davon überzeugt werden und so ging aus diesem Treffen und der Initiative Jungs ein wesentlicher Teil der dann vom Hessischen Landtag verabschiedeten Verfassungsänderungen hervor. Insgesamt jedoch war das Jahr 1990 überschattet von Angriffen der Opposition gegen Ministerpräsident Wallmann, was ihn persönlich sehr traf.¹²⁹ Die Regierung war aber auch durch den Rücktritt von Innenminister Gottfried Milde im Herbst deutlich angeschlagen. Keine guten Voraussetzungen und Vorzeichen für den bevorstehenden Wahlkampf.

2.3 Die frühen 90er Jahre

Die für den 2. Dezember terminierte Bundestagswahl, die die CDU mit 43,8 % gewann, wollte Jung gerne mit der hessischen Landtagswahl koppeln, allerdings scheiterte dies an dem für Hessen dann zu frühen Termin. Die Wahl in Hessen fand dann am 20. Januar 1991 statt und ging für die CDU und somit auch Walter Wallmann knapp verloren.¹³⁰ Vor allem der am 17. Januar ausgebrochene Golf-

126 Ebda.

127 Interview mit Bernd Heidenreich vom 9. 2. 2016.

128 Gesetz vom 20. März 1991 (GVBl. I S. 101) und Gesetz vom 20. März 1991 (GVBl. I S. 102): Art. 26a, Art. 138 und Art. 161. Siehe auch: DRESSLER, U./ADRIAN, U.: Hessische Kommunalverfassung. 17. Aufl. Wiesbaden 2005, S. 29, § 39 der HGO auf S. 60 f., § 37 der HKO auf S. 157 f.

129 Interview mit Volker Bouffier vom 12. 2. 2016.

130 CDU 40,2 %, SPD 40,8 %, FDP 7,4 %, Grüne 8,8. Zu den Zahlen siehe: SCHROEDER, W. (Hg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem? Wiesbaden 2008, S. 397.

krieg schadete hier der CDU. Die SPD warb sehr emotional auf ihren Plakaten mit dem Schlagwort „Keine Soldaten an den Golf“. Eine internationale Krise, die mit der Landespolitik nun gar nichts zu tun hatte, verhalf ihr somit zum knappen Wahlsieg, wobei es allerdings eine folgenschwere Fehlentscheidung seitens der CDU war, dass sie ca. acht bis zehn Tage vor der Wahl ihren Wahlkampf wegen des Golfkriegs eingestellt hatte.¹³¹ Neuer Ministerpräsident wurde der Kasseler Oberbürgermeister Hans Eichel. Walter Wallmann wollte den Landesvorsitz zunächst noch bis zum Ablauf der Amtszeit im April 1992 behalten, doch bald kristallisierte sich heraus, dass Manfred Kanther neuer CDU-Chef werden würde. Fraktionsvorsitzender war zu diesem Zeitpunkt noch der junge 32 Jahre alte Roland Koch, der als intellektueller und pragmatischer Politiker den Erneuerungs- und Verjüngungsprozess der CDU verkörperte. Dennoch sprach sich die CDU für eine Bündelung der Kräfte aus. Kanther wurde am 5. Februar 1991 mit 30 zu 16 Stimmen auch zum Fraktionsvorsitzenden (dies war übrigens eine der wenigen Niederlagen in Rolands Koch politischer Karriere) und am 8. Juni 1991 auf dem 78. Landesparteitag zum Landesvorsitzenden gewählt.¹³² Der neue starke Mann der CDU galt vielen als hervorragender Organisator, strategischer Denker und Verkörperung einer klaren programmatischen Alternative zur rot-grünen Landesregierung.¹³³ Auch für Franz Josef Jung hatte der Wechsel in der CDU-Führung Konsequenzen. Kanther wollte als Oppositionsführer keine „weitere starke politische Persönlichkeit neben sich haben!“¹³⁴, so dass er das Amt des Generalsekretärs nicht mehr neu besetzte. Jung blieb somit „nur“ noch das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers. Das Verhältnis von Kanther zu Wallmann war nie einfach gewesen. Wallmann lobte Jung immer in einer Weise, so dass es Kanther als Vorgänger Jungs im Amt des Generalsekretärs „ins Herz stechen musste.“¹³⁵ Natürlich hatte dies Kanther nicht sehr erfreut, so dass die Absetzung Jungs möglicherweise eine Art Retourkutsche darstellte.

Seine Kontakte und die der CDU zu Thüringen blieben aber in unveränderter Form bestehen. 1991 erfolgte beispielsweise eine Fraktionsreise durch Thüringen, aber auch Dresden, Quedlinburg und Magdeburg wurden besucht. Die politischen Beziehungen wurden weiter intensiviert, um die innere Einheit auch im politischen Bereich voranzutreiben und weiterzuentwickeln. Ein Jahr später trafen sich zu diesem Zweck beispielsweise die Geschäftsführer der CDU von Hes-

131 Interview mit Volker Bouffier vom 12. 2. 2016.

132 Vgl. OPDENHÖVEL, P.: Neuer Aufbruch. Die CDU Hessen unter Manfred Kanther seit 1991, in: B. Heidenreich/W. Wolf (Hg.): Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995. 50 Jahre CDU Hessen. Köln 1995, S. 125–154, hier S. 127 u. 130.

133 Ebda.

134 Interview mit Jung vom 7.10. 2016.

135 Interview mit Volker Bouffier vom 12. 2. 2016

sen und Thüringen. Die intensiven persönlichen Kontakte blieben also bestehen. Am 5. März 1992 erhielt Franz Josef Jung das Bundesverdienstkreuz für seine Leistungen und Verdienste um die deutsche Einheit. Wenige Tage später am 13. März war Jung als Gast in der HR-Sendung „Zeil um Zehn“ eingeladen worden. Thema war die Frage, ob gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften Kinder adoptieren sollten. Er sprach sich als einziger der Diskutanten, u. a. Alice Schwarzer und Hella von Sinnen, dagegen aus. Für Jung war nicht nur damals das Kindeswohl von zentraler Bedeutung. Diesem werde man nur gerecht, wenn Mutter und Vater als Erziehende in Betracht kommen, so Jung auch heute¹³⁶. Am Ende der Sendung gratulierte ihm Alice Schwarzer zu einem „4:1 Sieg.“ Hella von Sinnen war politischen Widerspruch nicht gewohnt, was, so Jung rückblickend, ihm die Argumentation als „Einzelkämpfer“ in dieser Sendung erleichterte. Eine weitere amüsante und regionalbezogene Anekdote aus dem gleichen Jahr verdient ebenfalls Erwähnung. In der FAZ-Beilage mit Fragebogen wurde der damalige Fuldaer Bischof Johannes Dyba interviewt. Auf die Frage, was für ihn das höchste irdische Glück sei, antwortete er, Weine voneinander unterscheiden zu können. Daraufhin lud der Weinkenner und -liebhaber Jung ihn nach Schloss Johannisberg zu einer Weinprobe in Form einer Blindverkostung ein. Dyba sagte zu und absolvierte die Weinprobe mit Bravour.¹³⁷ Ein hingegen weniger erfreuliches, für Jung persönlich auch durchaus trauriges Ereignis war am 30. Oktober 1992 der Schlussappell des FlaReg in Lorch, Jungs Stationierungsort während seiner Bundeswehrzeit. Die Bundeswehr gab damit im Zuge ihrer Verringerung und Neustrukturierung den strukturschwachen Standort Lorch auf, nur noch das Depot wurde weiter unterhalten. Für die Kleinstadt und ihre Umgebung bedeutete dies einen erheblichen wirtschaftlichen Verlust und einen Rückschlag in der Stadt- und Regionalentwicklung, den auch Jung nicht hatte verhindern können. Und bald stand der Rheingau wieder im Fokus. 1992 erhielten nämlich die Republikaner, v. a. aufgrund des zunehmenden Anstiegs von Asylbewerbern, wieder deutlichen Auftrieb. Sie waren mit 10,9 % in den Landtag Baden-Württembergs eingezogen und hatten auch bei den hessischen Kommunalwahlen z. T. zweistellige Ergebnisse erzielt. Es bestand die Gefahr, dass sich der eine oder andere Landrat der CDU auch von den Republikanern wählen lassen würde. Vor allem im Rheingau-Taunus-Kreis war diese neue Partei relativ stark vertreten. Jung hielt die CDU hier aber auf einem klaren Abgrenzungskurs, was zum Teil aber eine ziemliche Überzeugungsarbeit erforderte.¹³⁸ Auch heute möchte er ein derartiges parteipolitisches Phänomen nicht ausschließen. Natürlich gelte es, Flüchtlinge z. B. aus dem Irak oder Syrien aufzuneh-

136 Interview mit Jung vom 21. 07. 2015.

137 Interview mit Jung vom 26. 05. 2015.

138 Ebda.

men, aber, um zu vermeiden, dass die öffentliche Stimmung kippen kann, sollten nicht zu viele Asylsuchende von Deutschland aufgenommen werden. Vielmehr müsse eine gemeinsame europäische Lösung gefunden werden.¹³⁹

Im Landtag entwickelte die CDU aber recht bald wieder eine fulminante Oppositionsarbeit. Gerade Franz Josef Jung, als Geschäftsführer ja eine zentrale politische Figur innerhalb der CDU, war hier besonders munter. Er erfand gemeinsam mit Dirk Metz die „Skandalisierung der Politik.“¹⁴⁰ So stellte z. B. im Jahr 1993 die ca. 1,6 Millionen Mark teure Renovierung der Dienstvilla des hessischen Ministerpräsidenten auf Kosten der Steuerzahler für Jung einen „ungeheuren Vorgang“ dar.¹⁴¹ Im Zuge dieser „Dienstvilla-Affäre“ kritisierte Jung neben dem hohen Betrag vor allem, dass Aufträge teilweise ohne Ausschreibung und an eine aus Eichels Heimatstadt Kassel stammende Architektin vergeben worden waren. Seit Eichel hat dann übrigens kein hessischer Ministerpräsident die Villa mehr privat genutzt. Dazu trug auch eine Änderung des hessischen Ministergesetzes bei, nach dem der Ministerpräsident die Wohnung nicht mehr kostenlos, sondern nur noch gegen eine ortsübliche und somit recht teure Miete nutzen kann.

1994 geriet die SPD-geführte hessische Landesregierung dann in den Strudel des sogenannten „Lottoskandals“. Schon seit Sommer 1993 wurde das landeseigene Hessen-Lotto zum Zentrum zahlreicher Enthüllungen: Wegen erwiesener Lüge wurde Finanzstaatssekretär Otto-Erich Geske (SPD) entlassen. Er hatte als Aufseher der hessischen Lottogesellschaft 200 000 DM Abfindungszahlung an den Ex-Geschäftsführer Hans-Joachim Dumschat geleugnet und etliche Mausechelen geduldet. Dumschats Nachfolger Hanns-Detlef von Uckro (SPD) ließ sich dann ein um 30 % höheres Gehalt zahlen (280 000 DM/Jahr), unternahm mit Gleichgesinnten ausgiebige Reisen (1993 für 407 000 DM) und brachte sich mit Werbegeschenken der Lottogesellschaft in seinem Heimatort in Brandenburg in Erinnerung. Nebenbei kassierte Uckro als ehemaliger Bürgermeister von Gelnhausen eine Pension von 3100 Mark.¹⁴² Als erste Konsequenz wurde er bei Hessen-Lotto fristlos entlassen. Am 20. Januar 1994 trat schließlich Finanzministerin Annette Fugmann-Heesing (SPD) zurück, nachdem sie die politische Verantwortung für den Skandal übernommen hatte. Die Oppositionsparteien im hessischen Landtag, CDU und FDP, nutzten die anschließende Aussprache zu einer Generalabrechnung mit der rot-grünen Landesregierung. Seit Sommer 1993 wurde das landeseigene Hessen-Lotto zum Zentrum zahlreicher Enthüllungen bezüglich der Re-

139 Ebda.

140 Interview mit Volker Bouffier vom 12. 2. 2016.

141 Ebda.; siehe dazu auch: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region/leerstehende-eichel-dienstvilla-hohe-miete-niedrige-decken-11113876.html>. http://www.focus.de/politik/deutschland/dienstvillen-die-neue-bescheidenheit_aid_144649.html. Beide abgerufen am 26. 2. 2016.

142 Focus 3/1994.

gierungspolitik Eichels, war doch während seiner Regierungszeit „das Prinzip der politischen Verantwortlichkeit praktisch abgeschafft“ worden.¹⁴³

Die Erklärungen Eichels, so der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Hans-Jürgen Hielscher, seien lediglich ein Versuch, zur Tagesordnung überzugehen. CDU-Fraktionschef Roland Koch sagte, die Lotto-Affäre sei kein Einzelfall.¹⁴⁴ Auch Franz Josef Jung stand als Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion hier ebenfalls „an der Front.“ Er hatte nämlich den Skandal aufgedeckt und massiv kritisiert, dass sich die „SPD hier zum Selbstbedienungsladen entwickle.“¹⁴⁵ Aber nicht nur diesen Sachverhalt hatte Jung aufgegriffen, sondern ebenso auch das „Postengeschiebe der SPD.“¹⁴⁶ Seine Behauptung der Selbstbedienung wurde zunächst von Staatssekretär Geske als „üble Verleumdung“ dargestellt, stellte sich aber kurze Zeit später als richtig heraus. Jung hatte nämlich nicht locker gelassen und intensiv nachgehakt, so dass die SPD sukzessive „mit der Wahrheit rausrücken musste.“¹⁴⁷ Weiterhin hatte die CDU auf Initiative Jungs hin den Rechnungshof gebeten, das Verhalten der SPD zu überprüfen, der ebenfalls zu dem Ergebnis kam, dass es sich um eine unzulässige Selbstbedienung gehandelt habe. Als Ernst Welteke dann zum neuen Finanzminister ernannt wurde, gratulierte ihm Jung, woraufhin Welteke erwiderte: „Das habe ich nur dir zu verdanken.“¹⁴⁸ Für diese harte, aber legitime Oppositionsarbeit der CDU und Jungs sollte sich die SPD später allerdings mit zahlreichen Untersuchungsausschüssen rächen.

Entspannter ging es für Jung dann wieder auf der heimatischen Ebene zu: Die beiden renommierten und überregional bekannten Hattenheimer Inhaber und Köche der „Adlerwirtschaft“, Franz Keller, und des Restaurants und Hotels „Zum Krug“, Josef Laufer, hatten im Sommer 1994 die Idee, einen gemeinsamen Wein zu kreieren. Sie taten sich zusammen, testeten, was das beste Fass ist, kauften dieses und machten daraus den „Franz-Josef-Wein“, den es auch heute nur in ihren beiden Restaurants gibt. Es war naheliegend, dass Franz Josef Jung Taufpate für diesen Wein gewesen ist.

Im Januar 1995 standen in Hessen wieder Landtagswahlen an. Jung war in seiner Eigenschaft als Parlamentarischer Geschäftsführer Teil der Wahlkampfmannschaft von Manfred Kanther. Trotz eines engagierten Wahlkampfes verlor die CDU

143 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13855399.html>, abgerufen am 27. 9. 2016.

144 <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/hessischer-landtag-debattierte-ueber-lottoskandal--regierungsumbildung-bestaetigt-eichel-registriert-vertrauensverlust,10810590,8803800.html>, abgerufen am 29. 5. 2015. Siehe auch <http://www.zeit.de/1994/04/vom-glueck-verlassen>, abgerufen am 27. 9. 2016.

145 Interview mit Jung vom 7. 10. 2016.

146 Ebda.

147 Ebda.

148 Ebda.

die Wahl knapp mit 39,2 % (SPD 38,0 %), da die Grünen mit 11,2 % deutlich vor der FDP (7,4 %) lagen.¹⁴⁹ Hans Eichel blieb hessischer Ministerpräsident. Im gleichen Jahr wirkte Jung auch am erfolgreichen Wahlkampf von Petra Roth in Frankfurt mit. Roth war Jungs Nachfolgerin als wohnungsbaupolitische Sprecherin der Landtagsfraktion geworden. Daraus hatte sich ein gutes persönliches Verhältnis zwischen beiden entwickelt. Zwar gab es häufiger unterschiedliche Auffassung von Landes-CDU und Frankfurter CDU, die gerne mit ihrem Selbstbewusstsein als – scherzhaft gesagt – CDU der Freien Reichstadt kokettierte. Auch Jung war mit manchen Inhalten und Konzepten nicht unbedingt einverstanden, beispielsweise beim Thema Drogen, hier war die Frankfurter CDU offener; so befürwortete sie Ersatzmaßnahmen wie Methadon.

Aber letztlich überzeugte er die Frankfurter CDU von seinen Ideen. Das galt auch für die Gestaltung der Wahlplakate. Jungs Idee war es, eine Werbeagentur aus Solingen zu beauftragen, da diese seiner Meinung nach die besten Plakate gestalte. In einem recht langwierigen Prozess gelang es ihm dann, sich in dieser Frage ebenfalls durchzusetzen. So wurde das CDU-Plakat mit Petra Roth als bestes Plakat im Frankfurter Wahlkampf ausgezeichnet, worauf Jung heute noch ein Stückweit stolz ist.¹⁵⁰ Petra Roth gewann mit 51,9 % zu 45,9 % gegen Andreas von Schoeler (SPD) und wurde somit am 5. Juli 1995 als erste Frau Stadtoberhaupt von Frankfurt.

2.4 Die Hessen-CDU unter Roland Koch

Unter Roland Koch sollte für die Hessen-CDU und somit auch für Franz Josef Jung eine neue Ära in der Landespolitik anbrechen. Die Partei gewann im Februar 1999 klar die Landtagswahlen, v. a. aufgrund der von Koch und Jung geführten Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Jung wurde Chef der Staatskanzlei und verfügte somit über eine politische Schlüsselstellung, die er zu nutzen wusste. Gleichzeitig stellte sein Kabinettsposten den bisherigen Höhepunkt seiner politischen Karriere dar, die dann allerdings im Zuge der CDU-Spendenaffäre im September 2000 einen Bruch und Rückschlag erfuhr.

Nachdem Manfred Kanther 1993 Bundesinnenminister geworden war, übernahm Roland Koch wieder den Fraktionsvorsitz. Er wurde mit 27 Ja-Stimmen (bei 10 Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen) gewählt.¹⁵¹ Insbesondere die Reduelle mit Joschka Fischer in Fragen der Umweltpolitik und Kernenergie hatten

149 SCHROEDER, Parteien und Parteiensystem, S. 397.

150 Interview mit Jung vom 7.10.2016.

151 Vgl. NEUMANN/SCHMID, Hessen-CDU, S. 115.

zuvor die Aufmerksamkeit in der CDU-Fraktion wieder auf den jungen Koch gelenkt, der als umweltpolitischer Sprecher der Gegenspieler Fischers war und diesem quasi zu seinem „Karrieresprung verholfen“ hatte.¹⁵² Schnell fand Koch mit den Themen Asyl- und Schulpolitik Angriffsflächen gegenüber der rot-grünen Regierung.

Auch für Franz Josef Jung bot die Landesregierung manche Zielscheibe. 1996 hielt beispielsweise der PLO-Chef Jassir Arafat aufgrund einer Einladung von Ministerpräsident Hans Eichel im Landtag eine Rede. Das recht enge Verhältnis der Landesregierung zu Palästina irritierte Jung. Er dachte in diesem Zusammenhang an den terroristischen Hintergrund Arafats bzw. der PLO und hier insbesondere an das Attentat während der Olympischen Spiele 1972 in München. Von daher plädierte er nachvollziehbar für eine deutlich zurückhaltende Politik gegenüber der PLO.¹⁵³

1996 traf Jung bei einem Besuch in Washington mit dem ehemaligen US-Botschafter für Deutschland, Bob Kimmitt, zusammen und sprach mit ihm u. a. über die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland. Mögliche Entwicklungen der Weltwirtschaft wurden ebenso erörtert wie die bis heute aktuelle Frage einer gemeinsamen Freihandelszone (vgl. TTIP). In seiner Eigenschaft als geschäftsführender Direktor bei der Bank Lehman Brothers wurden auch Probleme der internationalen Kreditwesens, Währungsstabilität und möglichen Folgen einer hohen Staatsverschuldung diskutiert.

Zum Thema moderne und offene Bürgergesellschaft sowie ehrenamtliches Engagement informierte er sich im Rahmen dieses Besuchs auch bei Professor Amitai Etzioni an der Georgetown University. Jung zeigte sich von dessen Plädoyer für eine gesellschaftliche Selbstregulation von unten her durch Aktivitäten der Bürger und ihr engagiertes selbstbestimmtes Handeln in der Gesellschaft beeindruckt. Die Idee der „Responsivität“, also die Möglichkeit einer Gesellschaft, sensibel auf die Anliegen ihrer Mitglieder zu reagieren, hielt Jung schon damals für eine elementare Voraussetzung moderner, offener und pluralistischer Staatswesen. Auch das Thema „Nachhaltigkeit“ diskutierten die beiden angeregt. Etzioni, der sich überrascht zeigte, dass dieser ökologische Ansatz in Deutschland erst seit kurzem einen bedeutenderen politischen Stellenwert eingenommen hatte, erläuterte Jung sein Anliegen, Ökonomie und Ökologie in einen Gleichklang zu bringen. Diese Idee eines Austarierens vermeintlicher Gegensätze fand Jung nicht nur spannend, sondern hatte wesentliche Auswirkungen für seine Positionen innerhalb der CDU. Ökologische Probleme stärker aufzugreifen bzw. Fragen der Ökologie mehr zu fördern, waren für ihn schon zu JU-Zeiten wichtige poli-

152 MÜLLER-VOGG, Beim Wort genommen, S. 50.

153 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

tische Herausforderungen, beispielsweise im Rahmen ihres Umweltforums. Die Hessen-CDU jedenfalls hatte dann in der Folge aufgrund der Initiative Jungs Umwelthemen mehr forciert und stärker den Fokus auf die Vereinbarkeit Ökonomie und Ökologie gerichtet.¹⁵⁴ Weiterhin besuchte Jung in Capitol Hill im Senat einen Vortrag über Möglichkeiten im damals noch jungen Internet, was für ihn und seine Begleiter „noch böhmische Dörfer waren.“¹⁵⁵ Aber auch hier wurde sein Interesse als „Modernisierer“ geweckt.

Jung half auch immer wieder im Weingut, das nun sein Bruder Ludwig führte, bei der Eisweinlese mit. 1996 wurde es kurz vor Weihnachten richtig kalt. Da galt es, die günstige Gelegenheit zu nutzen. Bei 15 Grad Minus machten sich Franz Josef und Ludwig in der Heiligen Nacht morgens gegen 5.00 auf in die Weinberge. Sie fuhren die mit 225 Grad Öchsle beste Eisweinernte ihres Weinguts ein. Und dennoch waren sie um 10.00 im Weihnachtsgottesdienst.¹⁵⁶

Und 1997 sollte er – allerdings eher indirekt – schon wieder Arafat begegnen. Arafat war Gastredner im Europaparlament in Straßburg. Es galten die höchsten Sicherheitsstufen. Jung, der in seiner Funktion als parlamentarischer Geschäftsführer der CDU zu einem Treffen nach Straßburg eingeladen worden war, schaute sich die Sicherheitsmaßnahmen an und war erstaunt, dass er ohne jegliche Überprüfung freundlich grüßend durch jede Sicherheitsschleuse in das Europaparlament kam.

Im gleichen Jahr feierte Jung silberne Hochzeit und wurde für eine Bundestagskandidatur ins Gespräch gebracht. Alfred Dregger verzichtete nämlich aus Altersgründen auf eine abermalige Kandidatur und von daher sollte ein jüngerer Vertreter der hessischen CDU-Führung seinen Platz in Berlin einnehmen. Jung lehnte allerdings ab, er wollte vielmehr in Hessen bleiben und es mit Roland Koch gemeinsam „erobern“.¹⁵⁷ Im Hinblick auf die Landtagswahl 1999 war nämlich deutlich geworden, dass Manfred Kanther nicht noch einmal als Spitzenkandidat antreten würde. Somit war die Reihe an Roland Koch, der am 14. September 1997 vom Landesausschuss zum neuen Landesvorsitzenden nominiert und logischerweise auch als kommender Spitzenkandidat ins Rennen geschickt werden würde.¹⁵⁸ Auf dem Landesparteitag am 25. Januar 1998 in Hanau wurde diese Entscheidung dann mit einem phänomenalen Ergebnis von 97,7 % eindrucksvoll bestätigt.¹⁵⁹ Jung wurde zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt und im selben Jahr zum ersten Mal in den CDU-Bundesvorstand.

154 Interview mit Jung vom 7.10. 2016.

155 Interview mit Jung vom 21.7. 2015.

156 Ebda.

157 Ebda.

158 Vgl. NEUMANN/SCHMID, Hessen-CDU, S. 116.

159 Ebda.

Von regionaler Bedeutung schien ein Ereignis des Jahres 1998 zu sein: In Rüdesheim unterzeichneten Bundesverkehrsminister Wissmann, das Land Hessen, der Rheingau-Taunus-Kreis und die Stadt Rüdesheim einen Vertrag zum Bau des dringend benötigten Eisenbahntunnels, um die Kommune verkehrstechnisch zu entlasten. Steigende Kosten haben allerdings bis heute die Umsetzung dieses Projekts verhindert, so dass Rüdesheim unverändert vor enorme Verkehrsbelastungen gestellt ist. Weiterhin sind noch zwei Ereignisse¹⁶⁰ aus diesem Jahr erwähnenswert, die Jungs christliche Verwurzelung, die er auch immer wieder intensiv und erfolgreich innerhalb der CDU praktizierte, verdeutlichen: Zum einen wollte Jung im Fraktionssitzungssaal der CDU als christliches Symbol das Kreuz platzieren lassen. Da aber SPD und Grüne sich weigerten, in diesem Raum zu tagen, wenn das Kreuz an der Wand hängt, musste dieses in diesen Momenten immer wieder abgehängt werden. Dennoch hängt es bis heute grundsätzlich an der besagten Wand, ein Zeichen christlichen Werteverständnisses und klassischer CDU-Tradition. Jungs unterhielt nicht nur auf politischer Ebene enge Beziehungen zum Fuldaer Erzbischof Dyba. Winfried Rippert, Mittelstandsvertreter der CDU im Landtag, hatte mit Freunden den Hausstock von Erzbischof Dyba in Fulda geerntet. Er brachte als Ergebnis eine Korbflasche (25 Liter) mit Most mit, woraus Jung Wein machen sollte. Sein Bruder fragte ihn: „Was soll ich denn daraus machen?“ Er gab sich allergrößte Mühe und es gelang ihm auch, einen Wein zu produzieren, der mit dem speziellen Etikett „Michelsberger Bischofsmütze“ versehen wurde. Dyba erhielt 75 halbe Flaschen (à 0,375 Liter), von denen er die erste Papst Johannes Paul II. schenkte.

Nun aber zurück zur harten und fordernden Landespolitik, die die ganze Konzentration Jungs erforderte, sollten doch für die neue rot-grüne Regierung in Berlin die schon erwähnten anstehenden hessischen Landtagswahlen zum ersten Stimmungstest werden. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 gab die Hessen-CDU das Motto aus: „Rot-Grün braucht Kontrolle“.¹⁶¹ Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) meinte allerdings bezüglich der hessischen Landtagswahlen: „Franz Josef, ihr seid leider dafür zu früh.“¹⁶² Hinzu kam, dass Kochs Bekanntheit in Hessen noch nicht sehr groß war. Um sie zu steigern und den schlechten Umfragewerten (die CDU lag mit 13 % hoffnungslos hinter rot-grün zurück) zu begegnen, musste die CDU reagieren. Jung, der in Kochs Schattenkabinett als möglicher Leiter der Staatskanzlei vorgesehen war, machte ihm klar: „Jetzt ist High-Risk-Management gefragt.“¹⁶³ So kamen die beiden auf die Idee, die da-

160 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

161 Ebda.

162 Ebda.

163 Ebda.

maligen Pläne der rot-grünen Bundesregierung zur Neuregelung der doppelten Staatsbürgerschaft anzugreifen. Deren Ziel war die Ergänzung des Abstammungsrechts durch Elemente des *ius soli* unter Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit der Betroffenen. Unter dem Slogan „Ja zur Integration, Nein zur doppelten Staatsangehörigkeit“ sollte die dann in weiten Teilen der Öffentlichkeit umstrittene Kampagne der Hessen-CDU im Januar 1999 starten. Angesichts von damals ca. 7,3 Millionen in Deutschland lebenden Ausländern, darunter als größte Gruppe etwa 2,5 Millionen Türken, war diese Aktion der CDU aus Sicht Jungs durchaus gerechtfertigt, galt und gilt es doch auch nach wie vor, gewissen Beliebigkeiten hinsichtlich von Rechten und Pflichten bei zwei Staatsangehörigkeiten vorzubeugen. Auch in Bezug auf den Integrationswillen und einer dem neuen Staat gegenüber notwendigen Loyalität war die Option für nur eine Staatsbürgerschaft aus Sicht von Jung und Koch unerlässlich. Mittels einer Unterschriftensammlung sollten die Bürger nun aufgefordert werden, für verstärkte Integrationsbemühungen und gegen die doppelte Staatsangehörigkeit für Ausländer zu votieren. Die hessische CDU-Wahlkampfkommission lehnte in Abwesenheit von Koch diese Überlegung zwar zunächst ab, Jung unterstütze seinen Freund in dieser Frage jedoch uneingeschränkt: „Du Roland, wir sind völlig allein, die wollen nicht, aber ich bin der Meinung, wir machen das trotzdem“¹⁶⁴, betonte er. Kochs Reaktion fiel eindeutig aus: „Ja, Recht hast Du, machen wir.“ Natürlich war es ein hochriskantes Unterfangen, dessen sich unter anderem auch Volker Bouffier bewusst war, als er Koch gegenüber äußerte: „Wenn irgend so ein Idiot ein Asylbewerberheim anzündet, dann können wir auswandern.“¹⁶⁵ Auch gegen eine mögliche Mehrheit innerhalb des CDU-Bundesvorstands gelang es den beiden, ihr Vorhaben im Januar durchzusetzen, vor allem, weil Wolfgang Schäuble und Helmut Kohl hier standhaft blieben und die hessischen Parteifreunde unterstützen.¹⁶⁶ So wurden dann neben einer Postkartenaktion¹⁶⁷ ab 16. Januar für die letzten drei Wochen während des Wahlkampfes an den Informationsständen der CDU entsprechende Unterschriftenlisten ausgelegt.¹⁶⁸ Die Leute standen Schlange, um zu unterschreiben, selbst SPD-Ortsverbände holten Unterschriftenlisten ab.¹⁶⁹ Insgesamt erbrachte diese Maßnahme letztlich 487 127 Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, ein deutliches Votum der hessischen Bürger, obwohl zahlreiche Initiativen eigene Unterschriftenaktionen gegen die Aktion der Union starteten und für die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft plädierten. SPD, Grüne und FDP

164 Ebda.

165 Interview mit Volker Bouffier vom 12. 2. 2016.

166 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

167 Interview mit MdL Petra Müller-Klepper vom 31. 8. 2015.

168 Vgl. NEUMANN/SCHMID, Hessen-CDU, S. 117.

169 Interview mit Volker Bouffier vom 12. 2. 2016.

kritisierten die Aktion als populistisch und unverantwortlich. Und auch aus den eigenen Reihen gab es z. T. kritische Stimmen. So äußerte sich beispielsweise der CDU-Rechtsexperte Horst Eylmann, dass sich auf diese Weise leicht nationalistische Emotionen schüren ließen. Viele Kritiker warfen der Union vor, Rassismus zu schüren und entsprechende Ressentiments für den Wahlkampf zu instrumentalisieren, zumal von Seiten der NPD ebenfalls Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gesammelt wurden. Sie erhob im Gegensatz zu dem Text der CDU allerdings keine Forderung nach verbesserter Integration.¹⁷⁰ Mit der Unterschriftenaktion gelang es Roland Koch und Franz Josef Jung allerdings, die Stimmung in der Öffentlichkeit zu polarisieren und das Blatt im Wahlkampf zugunsten der CDU zu wenden. Langfristig sollte diese Kampagne auch nicht zu den damals geäußerten Befürchtungen führen. So wurden beispielsweise keine zehntausende Türken abgeschoben¹⁷¹ und ein „völkischer Nationalismus“ war ebenso wenig zu konstatieren.¹⁷²

Jungs Frau Beate war am Vorabend der Wahl, die am 7. Februar stattfand, dennoch weniger optimistisch als ihr Mann gewesen, zumal die Meinungsforschungsinstitute die ganze Zeit einen abermaligen Sieg der rot-grünen Landesregierung unter Hans Eichel sowie die SPD als stärkste Partei prognostiziert hatten. Jung selbst war abends auf dem „Ball des Sports“ allerdings recht zuversichtlich, dass die CDU als Wahlsieger hervorgehen würde, so dass Norbert Blüm frotzelte: „Du meinst, du wärst morgen schon Minister.“¹⁷³ Das sollte auch bald der Fall sein, legte die CDU doch mit 43,4 % deutlich zu und gewann mit Roland Koch die Wahl.¹⁷⁴ Die Kampagne und Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft hatten sich ausgezahlt. In der Hauptsache war der Sieg der CDU Franz Josef Jung zu verdanken. Er sah in der Polarisierung einen entsprechenden Weg und die Möglichkeit die Partei aus der langjährigen Opposition herauszuführen. Trotz einer phasenweise an eine Hexenjagd grenzenden Diffamierung Kochs, Jungs und der CDU generell von Seiten der Opposition und zahlreicher Medien war die starke Thematisierung dieses Aspekts richtig, da die Meinung eines Groß-

170 Siehe <https://web.archive.org/web/20100328012018/http://www.netzeitung.de/deutschland/490432.html>; <http://archiv.rhein-zeitung.de/on/99/01/05/topnews/staatsbuenger.html>. Beide abgerufen am 29. 9. 2016.

171 Siehe z. B. die Befürchtungen des damaligen Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, in: <https://web.archive.org/web/20100328012018/http://www.netzeitung.de/deutschland/490432.html>, abgerufen am 29. 9. 2016.

172 Klärner, A.: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Köln 2000.

173 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

174 SPD 39,4 %, Grüne 7,2 %, FDP 5,1 %; SCHROEDER, Parteien und Parteiensystem in Hessen, S. 397.



Auf der Regierungsbank im Hessischen Landtag



Jubel nach der Wahl Roland Kochs zum Ministerpräsidenten



Feier zum 50. Geburtstag von Franz Josef Jung im Hessischen Landtag

teils der Bevölkerung sich hier mit der Position der CDU deckte. Deswegen setzte Jung die Kampagne durch. Ihm war es – nicht nur in diesem Fall – wichtig, dass die Partei diejenigen Themen aufgreift, die der „überwiegenden Mehrheit unter den Nägeln brennt“¹⁷⁵, deswegen musste die CDU aus Sicht Jungs das Thema „doppelte Staatsbürgerschaft“ fast zwangsläufig zum zentralen Wahlkampfinhalt machen. Aber Jung und die CDU vertraten hier, obwohl so in den Medien dargestellt, keine radikalen Schwarz-Weiß-Positionen. Nach der Regierungsübernahme wurde nämlich auch die Integrationspolitik beispielsweise im Sozialministerium erstmals vorangetrieben. Sie war erst durch Franz Josef Jung eingeleitet und dann auch mitgesteuert worden.¹⁷⁶ Das Wahlkampfversprechen „Ja zur Integration, Nein zur doppelten Staatsangehörigkeit“ wurde von der CDU also eingehalten, wofür Jung auch als Person steht, da er generell jemand ist, den ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit auszeichnet, weil er Dinge dann auch umsetzt, wenn er die Möglichkeiten dazu hat.¹⁷⁷ Durch eine von ihm vorangetriebene Polarisierung in der Opposition war es gelungen, dass die CDU ihr unter Alfred Dregger angelegtes Profil weiter ausbauen konnte. Jung hat es weiterentwickelt, da er nicht in alten Strukturen verhaftet blieb, sondern Programm und Inhalte der Partei dem zeitgemäßen Rahmen anpasste, was letztlich zum Erfolg als Oppositionspartei beitrug. Somit war der Wahlkampf von 1999 von ihm hier entscheidend geprägt worden.¹⁷⁸

Das hessische Wahlergebnis wurde aber auch allgemein als Denkkzettel für die Bundesregierung unter Kanzler Schröder interpretiert. Da dadurch die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat verloren ging, wurde nach langen Verhandlungen ein abgeschwächter Reformvorschlag des Staatsbürgerschaftsrechts – das sogenannte Optionsmodell – beschlossen.

Gemeinsam mit der FDP stellte die CDU unter Roland Koch, der am 7. April 1999 zum hessischen Ministerpräsidenten gewählt wurde, die neue Landesregierung. Franz Josef Jung wurde zum Chef der hessischen Staatskanzlei sowie zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten ernannt. Für ihn war es anfänglich gar nicht so einfach, seinen Rhythmus in dieser anstrengenden Etablierungsphase zu finden.¹⁷⁹ Ging doch alles Schlag auf Schlag: Am 5. Mai empfing die hessische Landeregierung US-Präsident Bill Clinton in Frankfurt, am 3. Juni wurde Jung Mitglied im Ausschuss der Regionen in Europa und vertiefte auch in diesem Rahmen die seit 1992 bestehende Partnerschaft Hessens¹⁸⁰ mit der italienischen

175 Interview mit MdL Petra Müller-Klepper vom 31. 8. 2015.

176 Ebda.

177 Ebda.

178 Ebda.

179 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

180 Siehe dazu: <https://staatskanzlei.hessen.de/europa/partnerregionen-und-internationales/hessische-partnerregionen/hessens-partnerregion-emilia>. Abgerufen am 21. 8. 2015.



Das erste Kabinett von Roland Koch

Region Emilia Romagna, einem touristischen Kleinod, dessen Kooperationen mit Hessen vielfältiger Natur sind.

So arbeiten beispielsweise die hessischen Universitäten eng mit drei der fünf Universitäten der Emilia-Romagna zusammen. Weitere bedeutende Felder der Zusammenarbeit sind die Bereiche Wirtschaft, Umwelt, Soziales. Eine besonders intensive Kooperation im Bereich des Jugendaustausches besteht mit der Friedensschule Monte Sole¹⁸¹, 20 Kilometer südlich von Bologna gelegen. Jung eröffnete sie im November 1999 gemeinsam mit Romano Prodi. Allerdings verlor er auch nie die osteuropäischen Reformländer aus den Augen. So bahnte er als Mitglied der Landesregierung die Partnerschaft zwischen Hessen und der polnischen Region Wilkopolska (Region Posen) an und leistete damit Pionierarbeit. Anschließend veranlasste Jung, dass diese weitere Partnerregion in den Räumlichkeiten der hessischen Landesvertretung bei der EU in Brüssel¹⁸² vertreten war und so eine

181 Siehe dazu u. a.: <http://www.hlz.hessen.de/themen/th-jugend/monte-sole.html>; <https://staatskanzlei.hessen.de/europa/reden-und-veranstaltungen/friedensschule-monte-sole>. Abgerufen am 21. 8. 2015.

182 Siehe dazu: <https://staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa/hessen-europa/landesvertretung-bruessel/die-vertretung-des-landes-hessen-bei-der>. Abgerufen am 2. 2. 2016.

unmittelbare Zusammenarbeit mit allen drei Partnern – Aquitaine in Frankreich als dritte Einheit¹⁸³ – in Brüssel ermöglicht werden konnte.

Nach einem schweren Erdbeben in der Türkei reagierten auch Hessen und seine Landesregierung mit Hilfsmaßnahmen. Jung reiste am 7. Dezember mit einer hessischen Delegation in die Türkei, um sich von der Lage ein Bild zu machen. Im Gepäck hatten sie u. a. warme Kleidung und Schuhe, v. a. auch für Kinder. Er vergisst nicht den Moment, wo er – die Kälte bis heute förmlich spürend – einem kleinen Kind die Stiefel anzog, das ihm um den Hals fiel und vor Dankbarkeit Tränen in den Augen hatte.¹⁸⁴ Für ihn galt in diesem Augenblick der Grundsatz, so viel Gutes zu tun was möglich ist. Auch in den Landtagsdebatten kümmerte sich Jung um zahlreiche Angelegenheiten bis hin zur kleinen Anfrage der Opposition.

Der Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit lag aber in der Staatskanzlei. Als deren Chef war er natürlich auch für die Koordination innerhalb der Landesregierung mitverantwortlich. Hier galt es beispielsweise mit dem Koalitionspartner FDP, mit dem es eine gute Zusammenarbeit gab, jeden Montag die Koalitionsrunde inhaltlich zu gestalten. Hier konnten dann alle wesentlichen politischen Probleme und Anliegen in einem kooperativen und freundschaftlichen Stil¹⁸⁵ besprochen werden. Problematischer war aber, so Jung¹⁸⁶, nach rund 40 Jahren sozialdemokratischer Herrschaft „die Qualität mancher Mitarbeiter.“ Hier wurde dann auch im Laufe der Legislaturperiode die eine oder andere personelle Änderung vorgenommen. Jung war auch zuständig für die Medienpolitik, eine Aufgabe, die beim Chef der Staatskanzlei zusammenlief. Wichtig war ihm dabei u. a. ein neues Mediengesetz, das die Beteiligung und Mitwirkung zusätzlicher bedeutender gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen vorsah. Jung gelang es in diesem Zusammenhang, Helmut Reitze, der sich als Intendanten des HR beworben hatte, durchzusetzen. In seinen Augen war er „ein hervorragender Journalist des ZDF.“¹⁸⁷ Aber auch sein Organisationstalent war immer wieder gefordert. Turnusgemäß hatte Roland Koch als hessischer Ministerpräsident 1999 den Bundesratsvorsitz inne, das bedeutete auch, den Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober auszurichten. Was lag näher, als Franz Josef Jung mit dieser Aufgabe zu betrauen? So organisierte er am 3. Oktober in Wiesbaden das große Bürgerfest. Wichtig war ihm dabei vor allem, einen Bezug zu Kindern und Jugendlichen herzustellen. Von

183 Siehe dazu: <https://staatskanzlei.hessen.de/europa/partnerregionen-und-internationales/hessische-partnerregionen>. Abgerufen am 2. 2. 2016.

184 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

185 Interview mit Jung vom 7. 10. 2016.

186 Ebda.

187 Ebda.

daher kam er auf die Idee, den Sänger Rolf Zukowski auftreten zu lassen, was zunächst bei manchen Kabinettsmitgliedern einige Vorbehalte auslöste. Eine recht kritische Diskussion folgte, in der sich Jung aber mit seinem Ansinnen durchsetzen konnte. Als dann viele Kinder gemeinsam mit dem Sänger das Wiesbadener Kurhaus betraten, wollte der Applaus kaum enden. Nicht nur darüber, sondern auch über weitere zahlreiche positive Reaktionen seitens der Öffentlichkeit freute sich der Minister.¹⁸⁸

In der hessischen Landespolitik setzte Jung 1999 abermals ein weiteres Zeichen bezüglich der Erinnerung an die deutsch-deutsche Teilung und sollte damit eine „Ostalgie“ sowie Geschichtsklitterung vorbeugen. Den ehemaligen amerikanischen Stützpunkt Point Alpha, an der früheren innerdeutschen Grenze idyllisch in der Rhön zwischen dem hessischen Rasdorf und dem thüringischen Geisa gelegen, wollte Hans Eichel noch wenige Monate zuvor „plattmachen“.¹⁸⁹ Jung setzte sich aber vehement dafür ein, diesen als Grenzmuseum zu erhalten und als Gedenk- und politische Begegnungsstätte insbesondere auch für Schulklassen auszubauen. Hessen übernahm hierfür 2/3 der Kosten, Thüringen 1/3, beim zweiten hessisch-thüringischen Grenzmuseum Schiffersgrund bei Bad Sooden-Allendorf verhielt es sich umgekehrt. Eine wegweisende und vorausschauende Maßnahme angesichts einer zunehmenden Unkenntnis vieler Schüler über den Unrechtsstaat der DDR. Am 17. September 1999 legte Jung in seiner Eigenschaft als Minister für Bundesangelegenheiten den Grundstein für die hessische Landesvertretung in Berlin in der Nähe des Potsdamer Platzes. Erinnerungen wurden wach: Als 18jähriger Schüler stand er während eines Berlinbesuchs auf dem Holzpodest an der Mauer und blickte in das damals verminten Niemandsland des Potsdamer Platzes. Wie ein Wunder erschien ihm dann an diesem Tag rückblickend die deutsche Einheit¹⁹⁰, für die er immer eingetreten war und die er ja tatkräftig mit vorangetrieben hatte. Und auch später in seinem Amt als Verteidigungsminister war ihm eine angemessene und klare Erinnerungskultur bezüglich der DDR-Vergangenheit ein Herzensanliegen. So setzte es mit seinem Besuch des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen am 19. März 2008 ein wichtiges Zeichen. Jung war nämlich der erste Bundesminister, so der Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe¹⁹¹, der dieses bedeutende Mahnmal aufsuchte. Mit diesem bewussten Signal leistete er einen wichtigen Beitrag, diese zentrale Gedenkstätte, die nach wie vor einen unschätzbaren Beitrag gegen eine Verharmlosung der totalitären DDR-Diktatur darstellt, weiter in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Quasi

188 Ebda.

189 Ebda.

190 Ebda.

191 Interview mit Jung vom 6.10. 2015.



Franz Josef Jung bei der Grundsteinlegung der Hessischen Landesvertretung in Berlin

nebenbei wurde Jung noch am 12. Dezember zum Vorsitzenden des Fördervereins der Forschungsanstalt in Geisenheim gewählt, ein Ehrenamt, das er als Weinliebhaber kaum ausschlagen konnte.

2.4.1 Spendenaffäre

Anfang 2000 geriet auch die hessische CDU in den Sog der Spendenaffäre¹⁹² der Bundespartei, die auf Hessen bezogen ihren Ursprung Anfang der 80er Jahre in der Ära von Manfred Kanther hatte. Strafrechtlich relevant wurden die damaligen Machenschaften, als am 1. Januar 1984 die Verschärfung des Parteiengesetzes bezüglich der Spendenverbuchung in Kraft trat.¹⁹³ Ende 1999 hatte der

192 Zur Chronologie siehe SCHUMACHER, Roland Koch, S. 173–192; WIECZORKE, Koch-Buch, S. 80–96

193 Vgl. NEUMANN/SCHMID, Hessen-CDU, S. 123. Zur Spendenregelung des Parteiengesetzes siehe SALIGER, F.: Parteiengesetz und Strafrecht. Tübingen 2005, S. 70–76. Siehe auch SCHWARZ, Helmut Kohl, S. 870–896.

„Spiegel“ anhand alter Rechenschaftsberichte der Hessen-CDU die Information gewonnen, dass die „sonstigen Einnahmen“ der Partei im Jahr 1989 plötzlich auf vier Millionen DM gestiegen seien.¹⁹⁴ Der CDU waren angeblich drei Vermächtnisse in anonymer Form zuteil geworden: 1989 habe sie knapp 4 Millionen DM, 1991 5,46 Millionen DM erhalten und 1996 seien knapp 3,5 Millionen DM „vererbt“ worden. Dazu kam noch ein zinsloser „Privatkredit“ in Höhe von über zwei Millionen DM von Prinz Casimir zu Sayn-Wittgenstein im Jahr 1998.¹⁹⁵ Sayn-Wittgenstein, damaliger CDU-Schatzmeister, erklärte später, dass er sich erfolglos bemüht habe, die Identität der vermeintlichen Vermächtnisgeber zu ermitteln; er verbuchte die Gelder dann aber als Spenden verstorbener deutschstämmiger jüdischer Emigranten. Nachdem die Staatsanwaltschaft Wiesbaden Vorermittlungen gegen die CDU wegen Steuerhinterziehung aufgenommen hatte, erklärte am 14. Januar 2000 Ministerpräsident Roland Koch auf einer Pressekonferenz in Hofheim, dass die Hessen-CDU 1982/83 unter dem damaligen Generalsekretär Manfred Kanther rund sieben bis acht Millionen DM illegaler Parteispenden auf ein schwarzes Auslandskonto transferiert und anschließend wieder, als sogenannte „jüdische Vermächtnisse“ und Kredite getarnt, zurückgeschleust habe.¹⁹⁶ Laut anderen Quellen hatten 1983/84 Kanther und sein Schatzmeister 20,8 Millionen DM auf drei Konten der Schweizer Bankgesellschaft transferiert, die später bei der Vaduzer Stiftung „Zaunkönig“ angelegt und von dort aus nach Hessen zurückgebracht wurden.¹⁹⁷ Beim „Spiegel“ beispielsweise heißt es dazu:

„Von der Frankfurter Metallbank wurden 1983 etwa 20,8 Millionen Mark auf drei Konten der Schweizerischen Bankgesellschaft verschoben. Den Transfer hatten der damalige hessische CDU-Generalsekretär Manfred Kanther, der Schatzmeister Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein und der CDU-Steuerberater Horst Weyrauch organisiert. Nach Angaben der Hessen-CDU handelte es sich um legale Parteigelder. Eine andere Theorie besagt, dass die Hessen das Geld von der Staatsbürgerlichen Vereinigung kurz vor deren Schließung bezogen hatten. Insgesamt 24,3 Millionen Mark, die später bei der Vaduzer Stiftung ‚Zaunkönig‘ geparkt wurden, flossen indirekt nach Hessen zurück, zum Teil als ‚Jüdische Vermächtnisse‘ getarnt.“¹⁹⁸

194 Der Spiegel, 29. 11. 199, S. 27.

195 SCHEUCH, E./SCHEUCH, U.: Die Spendenkrise – Parteien außer Kontrolle. Reinbek 2000, S. 88 f., vgl. SALIGER, Parteiengesetz, S. 437–473.

196 SCHEUCH/SCHEUCH, Die Spendenkrise, S. 89.

197 Ebda. Siehe auch die Statuten der Stiftung vom 13. Mai 1993 sowie das Beistatut, das als einzigen Begünstigten der Stiftung den Landesverband der CDU-Hessen festlegt. Vgl. SALIGER, Parteiengesetz, S. 457 ff.

198 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/uebersicht-die-brennenden-fragen-der-cdu-spendenaffare-a-108558.html#>. Abgerufen am 1. 12. 2015.

Nach Aussage aller Beteiligten hatten aber Kanther und Sayn-Wittgenstein das Wissen über die Gelder für sich behalten und weder Roland Koch noch Walter Wallmann darüber informiert. Auch Franz Josef Jung, damals Generalsekretär, erklärte gegenüber der „Welt am Sonntag“:

„Bis zum Freitag um 13.00 wusste ich nichts von den Konten und jüdischen Vermächtnissen. Als Generalsekretär hatte ich die Rechenschaftsberichte mit zu verantworten und dann auch die Anmeldungen an die Bundestagsverwaltung – und auch die Ausweisung des Vermächtnisses. Das haben wir ordnungsgemäß angemeldet.“¹⁹⁹

Für Kanther selbst gab es auf dieser Pressekonferenz dann auch „nichts zu beschönigen.“ Die Bezeichnung „Vermächtnisse“ sei rückblickend falsch gewesen, für ihn war es vielmehr die „Rückführung von CDU-Vermögen.“²⁰⁰ Dennoch – die CDU hatte hier gegen das Parteiengesetz und gegen die Pflicht zur Offenlegung des Auslandsvermögens verstoßen. Kanther wurde wegen Untreue zu Lasten der CDU Hessen rechtskräftig zu einer Geldstrafe verurteilt. Aufgrund der unvollständigen Rechenschaftsberichte musste die Partei eine Strafe von 41,3 Millionen DM zahlen, was sie über einen längeren Zeitraum finanziell schwächte. Noch schwerwiegender war aber der Verlust an Glaubwürdigkeit, da Kanther als Parteichef wie als Innenminister für „Recht und Ordnung“ gestanden hatte und nun als Straftäter verurteilt war.

Koch hatte am 14. Januar auf der oben erwähnten Pressekonferenz erklärt, er wolle bezüglich der Spenden-Affäre eine „brutalst mögliche Aufklärung“ leisten.²⁰¹ Er musste aber dann am 9. Februar einräumen, zuvor selbst die Öffentlichkeit „nicht vollständig unterrichtet“ zu haben²⁰², da er Journalisten trotz mehrfacher Nachfrage am 10. Januar 2000 erklärt hatte, dass „er keinen einzigen Vorgang außerhalb der offiziellen Buchung der CDU Hessen kenne.“²⁰³ „Der Rechenschaftsbericht 1998“, so Koch, „sei sehr wohl mit seiner Billigung manipuliert worden, indem Gelder aus einem schwarzen Konto als Darlehen des Prinzen zu Sayn-Wittgenstein ausgewiesen wurden.“²⁰⁴ Seine Glaubwürdigkeit war zwar

199 „Welt am Sonntag“ vom 23.1.2000. Roland Koch und Volker Bouffier betonten auch heute glaubwürdig, von diesen Vorgängen nichts gewusst zu haben.

200 SCHEUCH/SCHEUCH, Die Spendenkrise, S. 90.

201 Ebda., S. 93. Siehe auch: http://www.focus.de/politik/deutschland/hessen-operation-zaun-koenig_aid_183717.html. Abgerufen am 1.12.2015.

202 Siehe „Süddeutsche Zeitung“ vom 21.12.2000, S. 4. So auch rückblickend im Gespräch mit MÜLLER-VOGG, Beim Wort genommen, S. 74.

203 NEUMANN/SCHMID, Hessen-CDU, S. 124.

204 SCHEUCH/SCHEUCH, Spendenkrise, S. 93, vgl. auch „Süddeutsche Zeitung“ vom 4.9.2000, S. 2.

beschädigt, dennoch wurde er auf dem Landesparteitag der hessischen CDU am 18. Februar 2000 mit phänomenalen 97,63 % als Landesvorsitzender bestätigt; ein weiterer Grund für ihn, das Amt des Ministerpräsidenten nicht aufzugeben. Somit eindrucksvoll unterstützt durch die CDU, aber auch durch die hessische FDP unter Ruth Wagner, verblieb Koch trotz mehrfacher Rücktrittsfordernngen von SPD und Grüne²⁰⁵ im Amt. Eine Selbstaflösung des hessischen Landtags wurde mit Mehrheit von CDU und FDP ebenfalls abgelehnt. Die Opposition im hessischen Landtag hatte insbesondere kritisiert, dass Kochs Wahlkampf 1998/1999 teilweise durch die schwarzen Kassen finanziert worden war²⁰⁶, und klagte erfolglos auf eine Annullierung der Wahl. Koch gelang es aber, sich der Öffentlichkeit als kompromissloser Aufklärer darzustellen und sie davon zu überzeugen, dass er vor dem öffentlichen Bekanntwerden der illegalen Spenden darüber nichts wusste. Allerdings geriet nun Franz Josef Jung, der noch am 19. Februar mit 327 Stimmen zum stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden (auf Otti Geschka als weitere stellvertretende Landesvorsitzende entfielen vergleichsweise nur 266 Stimmen) und am 11. April in den CDU-Bundesvorstand gewählt worden war, in den Sog der Spendenaffäre. Man warf ihm vor, dass er dieses Treiben nicht unterbunden hat und gebilligt hätte. Er geriet in diese schwierige Lage vor allem auch, da die hessische FDP am Rande ihre Duldsamkeit war.²⁰⁷ Trotz ihrer Loyalität zu Koch mehrten sich in ihren Reihen nun die Forderungen nach einem Rücktritt von Franz Josef Jung von seinen Regierungsämtern. Diese sind in einem engen Zusammenhang mit dessen langjähriger Tätigkeit als Generalsekretär und Parlamentarischer Geschäftsführer zu sehen. In diesen Ämtern trug er zwangsläufig eine gewisse Mitverantwortung für die Finanzierung von Wahlkämpfen oder auch des Baus einer neuen Parteizentrale. Dabei wurden auch die erwähnten Schwarzgelder mitverwendet. Insgesamt flossen während Jungs Amtszeit als CDU-Generalsekretär mehr als 1,5 Millionen DM Schwarzgeld in die Parteikasse. Allerdings waren Fragen der Parteifinanzierung nicht die originäre Aufgabe eines Generalsekretärs, Jung hatte sich „um politische Themen gekümmert.“²⁰⁸ Dennoch machte die FDP ihr Verbleiben in der Koalition mit der CDU davon abhängig, dass Jung abtrat. Dies trotz der Tatsache, dass Jung als Zeuge vor dem Berliner Parteispenden-Untersuchungsausschuss am 11. Mai 2000 bestritten hatte, etwas von den Schwarzkonten gewusst zu haben und vielmehr erst zu Beginn des Jahres durch

205 Siehe z. B. FAZ vom 10. 2. 2000, S. 1.

206 Siehe dazu auch den Auszug aus dem 2. Zwischenbericht von „ErnstYoung“ vom 7. Februar 2000, Anlage 5, der die Verwendung von Geldrückflüssen aus der Schweiz für Wahlkämpfe zwischen 1987 und 1999 belegt.

207 Interviews mit Roland Koch vom 15. 2. 2016 und Volker Bouffier vom 12. 2. 2016.

208 Interview mit Jung im „Rheingau-Echo“ vom 14. 09. 2000.

die Erklärungen Manfred Kanthers davon erfahren habe. Um die Finanzen habe sich, so Jung, der Schatzmeister gekümmert. Es sei offenbar einiges hinter seinem Rücken gelaufen: „Das ist für mich unerklärlich, ich bitte um Nachsicht.“²⁰⁹ Zudem hatte Jung ja die Fraktion über das Betrugsverhalten des früheren CDU-Buchhalters Franz-Josef Reischmann informiert. Denn bereits am 23. August 2000 hatte der hessische CDU-Abgeordnete und damalige stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Frank Lortz aufgrund dieser Informationen Jungs vor dem Haushaltsausschuss des Landtags angegeben, er selbst habe die CDU-Fraktion Ende März 1993 über die zwischen 1988 und 1992 erfolgten Unterschlagungen von 2,2 Millionen DM durch Reischmann aus der Parteikasse informiert. Jung versicherte,

„er habe in seiner damaligen Doppelfunktion als hessischer CDU-Generalsekretär und Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion keinen der detaillierten Berichte je erhalten oder gesehen. Auch von Besprechungen, an denen er nach einem Brief Weyrauchs vom 17. März 1993 teilgenommen haben soll, wisse er nichts. Warum ihn die Berichte nicht erreichten, konnte der ehemalige Staatsminister vor dem Ausschuss nicht erklären: Da müsste ich jetzt spekulieren und das möchte ich vor dem Ausschuss nicht tun. Er sei lediglich im Sommer 1992 mit Weyrauch zu Reischmann gefahren und habe den Buchhalter dort mit Hilfe gefälschter Schecks überführt. [...]. Von den millionenschweren Unterschlagungen des ehemaligen CDU-Buchhalters Franz-Josef Reischmann zwischen 1988 und 1992 habe er im Detail erst im Jahr 2000 erfahren.“²¹⁰

Reischmann, der einen aufwendigen Lebensstil bestritt, u. a. ging er gerne ins Spielcasino und hatte zu Hause einen teuren Reitstall gebaut, behauptete dann, auch angeblich von den schwarzen Parteikassen in der Schweiz etwas gewusst zu haben, was er vor dem Untersuchungsausschuss allerdings erst nach einigem Zögern einräumte. Insgesamt wirkte jedoch das Auftreten des einstigen CDU-Buchhalters sowohl vor den verschiedenen Untersuchungsausschüssen in Berlin und Wiesbaden mehr als unseriös.²¹¹ Jung erläuterte auch rückblickend mehr als nach-

209 Vgl. WIECZOREK, Koch-Buch, S. 92. Siehe dazu u. a. auch die Presseberichte der „Frankfurter Rundschau“ vom 12. 5. 2000, des „Wiesbadener Kuriers“ vom 12. 5. 2000, der „FAZ“ vom 12. 5. 2000, der „taz“ vom 12. 5. 2000 sowie der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12. 5. 2000.

210 <http://www.rp-online.de/politik/schwarzgeld-jung-beteuert-unschuld-aid-1.2267446>, abgerufen am 23. 6. 2015.

211 Siehe dazu z. B. den Beitrag des „Wiesbadener Kuriers“ vom 12. 12. 2000. „Ei, wenn ich's doch wirklich net weiß“ lautete beispielweise eine Lieblingsaussage Reischmanns im allerbesten Hessisch. Siehe auch: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-17114432.html>. Abgerufen am 1. 12. 2015.

vollziehbar²¹², dass Reischmann „die CDU ganz einfach betrogen“ habe, indem er Überweisung vorlegte, dort Zahlen einsetzte und diese manipulierte, mit dem Hinweis: „Das haben wir immer so gemacht.“²¹³ Außer Kanther, Sayn-Wittgenstein und dem CDU-Finanzberater Horst Weyrauch habe laut Jung über dieses illegale Finanzierungssystems des Hessen-CDU niemand etwas gewusst hat. Er erklärte später: „Warum sollte ich mich damals um Geld kümmern? Es war doch immer welches da.“²¹⁴ Sollte er etwas gewusst haben, so wäre es jedoch merkwürdig gewesen, warum er darüber nichts Roland Koch berichtet haben soll.²¹⁵ Fritz Bohl hatte schon am 14. Januar im Präsidium Manfred Kanther gefragt: „Hat Jung etwas davon gewusst?“²¹⁶, was Kanther vehement verneinte. Auch heute betont Jung glaubwürdig, dass er von den Spenden nichts mitbekommen habe: „Nein! Ich habe nichts mitgekriegt.“²¹⁷ Als im Untersuchungsausschuss dann allerdings zwei Briefe Weyrauchs an Jung auftauchten, die dessen angebliche „Mitwisserschaft“ um die Stiftung „Zaunkönig“ nahelegten²¹⁸, Jung aber wohl nie erhalten hat, trat er – nach einem gemeinsamen Gespräch mit FDP-Chefin Ruth Wagner und Roland Koch – am 7. September 2000 schließlich als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und als Chef der Hessischen Staatskanzlei zurück. Er erklärte sich für schuldlos, trete aber zurück, da die FDP ihm das Vertrauen entzogen habe. In seiner Rücktrittserklärung führte er aus:

„In den Akten, die die CDU als Geschädigte im Verfahren seit wenigen Tagen einsehen kann, befinden sich im Zusammenhang mit dem Fall Reischmann zwei Briefe, die offensichtlich im Büro Weyrauch sichergestellt worden sind. Diese Briefe [...] sind an mich bzw. an Herrn Kanther und mich gerichtet. Beide Briefe haben mich nicht erreicht. In diesen beiden Briefen [...] werden zwei völlig verschiedene Versionen zu den Unterschlagungen Reischmanns bei der CDU-Landtagsfraktion dargestellt. In dem einen Brief, der an Herrn Kanther und mich adressiert ist, wird der Fall so dargestellt, wie er war, nämlich daß Reischmann bei den Portokosten Geld unterschlagen hat. In dem zweiten Brief, der nur an mich gerichtet ist, wird der Eindruck erweckt als hätten Überprüfungen [...] ergeben, daß die CDU-Fraktion dem CDU-Landesverband zu viel Geld für Portokosten bezahlt habe – und dieses Geld nunmehr mit Zinsen erstattet werden müsse. Ich kenne beide Briefe nicht, ich weiß auch nicht, ob sie über-

212 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

213 Ebda.

214 Zit. nach NEUMANN/SCHMID, Hessen-CDU, S. 124.

215 Ebda.

216 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

217 Ebda.

218 SCHUMACHER, Roland Koch, S. 195; <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/eine-hand-waescht-die-andere,10810590,10065824.html>, abgerufen am 23. 6. 2015.

haupt abgeschickt wurden und wer sie bekommen hat. Wahr ist, was ich bereits vor dem Untersuchungsausschuß in Berlin gesagt habe. Ich habe den Rechenschaftsbericht des Büros Weyrauch nicht gekannt. Deshalb wußte ich auch nicht, daß bereits die Unterschlagungen zu Lasten der CDU-Fraktion im Jahre 1988 begonnen haben. Übrigens ein Jahr, das vom Rechnungshof im Rahmen seiner Überprüfung geprüft worden ist. Ich habe auch nicht an irgendwelchen Vertuschungen mitgewirkt. Wahr ist, daß ich die Kassenprüfer der CDU-Fraktion im Rahmen der Prüfung im März 1993 sowohl über die Unterschlagungen des Herrn Reischmann, als auch über die Höhe des Unterschlagungsbetrages unterrichtet habe. Dies wird auch ausdrücklich von den Kassenprüfern zum Beispiel dem Abg. Lortz bestätigt. Ich habe mir in dieser gesamten Finanzaffäre der hessischen CDU nichts zu Schulden kommen lassen und auch nichts vorzuwerfen. Das einzige, was gegen mich spricht, daß ich Personen vertraut habe, denen man – wie man heute weiß – nicht hätte vertrauen dürfen. [...] Ich wäre trotzdem bereit, meine Arbeit in der Regierung von Roland Koch fortzusetzen, die mir viel Freude gemacht hat, wenn ich weiterhin die volle Unterstützung der Koalitionspartner hätte. Das aber ist bei der F.D.P. so nicht mehr gegeben. Ich trete deshalb von meinem Amt als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Hessischen Staatskanzlei zurück. Ich möchte mich herzlich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei meiner CDU-Fraktion, aber auch meiner Frau und meinen Kindern bedanken, die mich trotz aller öffentlichen Anfechtung und persönlicher Diffamierung immer unterstützt haben. Ich bin sicher, daß ohne die Belastung des Amtes meine Glaubwürdigkeit und mein Ansehen wieder voll und ganz hergestellt werden kann. [...].²¹⁹

Von einigen Medien wurde dieser Rücktritt, der Jung ersichtlich schwer fiel, damals wie auch später als Bauernopfer Kochs interpretiert. Die gesamte Affäre traf Jung zutiefst, da er „es für falsch und in höchstem Maße als ungerecht empfunden hatte.“²²⁰ Seine Enttäuschung verbarg er auch in einem Interview mit dem „Rheingau-Echo“ nicht:

„Es ist ein Stück weit eine tragische Entwicklung, daß man einen solchen Schritt tun muß, ohne sich etwas vorwerfen zu müssen. Fakt ist, daß ich Personen vertraut habe, die dieses Vertrauen mißbraucht haben. Man muß [aber] einfach sehen, daß die Gesamtsituation für die F.D.P. schwierig war, weil sie wahnsinnig unter Druck stand. Die Gefahr war einfach, daß die Koalition nach dem letzten Wochenende ihre Arbeit nicht mehr hätte fortsetzen können. Um dies abzuwenden, hatte mein Schritt dann doch einen Sinn. [...] Es wäre aus meiner Sicht verhängnisvoll, wenn wegen einer

219 Rücktrittserklärung Franz Josef Jungs vom 7. 9. 2000, Privatarhiv Linda Kreckel.

220 Interview mit Volker Bouffier vom 12. 2. 2016.

Sache – von der weder Koch noch ich etwas wußten – die Regierung an der Fortsetzung ihrer Politik gehindert würde [...]. Dahinter muß die eigene Person zurückstehen. [...] Natürlich ist ein Stück Wehmut dabei. [...] Tatsache ist, daß jedermann innerhalb der Koalition weiß, daß es von der Sache her keinen Grund gab zurückzutreten, sondern daß politische Konstellationen dies notwendig machten, um die gemeinsame Arbeit fortzusetzen. Jeder von den politischen Verantwortlichen weiß, daß ich mir nichts habe zuschulden kommen lassen und das belegt auch die Einschätzung der Fraktion, daß der Rücktritt ‚ungerecht‘ war.²²¹

Am Abend seines Rücktritts rief Ruth Wagner Jung noch an und bedauerte in einem sehr emotionalen Gespräch, in dem bei ihr auch einige Tränen flossen, seinen Rücktritt.²²² Auch als Roland Koch der CDU-Fraktion den Rücktritt seines Freundes Jung, der ihm äußerst schwer fiel, bekanntgab, war er von seinen Emotionen überwältigt. Ihm kamen die Tränen und schluchzend verließ er den Fraktionssaal mit den Worten „Manchmal ist eben alles zu viel“ durch die Hintertür.²²³ Es war eine der schwierigsten und bedrückendsten Stunden für alle in der Fraktion, so auch für Koch. „Der Staatskanzleichef ging und rettete damit seinen Ministerpräsidenten und Freund Roland Koch. Der hat ihm das nicht vergessen“²²⁴, resümierte die „Berliner Zeitung“. Koch selbst bestätigte dies auch einige Jahre später: „Richtig ist, wenn Franz Josef Jung nicht zurückgetreten wäre, hätte es den Fortbestand der Koalition nicht gegeben.“²²⁵ Jung stellte hier persönliche Ziele im Sinne der übergeordneten Sache, sprich die Regierungsverantwortung der CDU, in den Hintergrund. Danach trat Jung ins zweite Glied zurück und wurde einfacher Abgeordneter. „Das ist bitter, so etwas bleibt, wir hielten aber eisenhart zusammen und keiner wackelte, sonst wäre das Ganze ins Rutschen geraten“, konstatiert rückblickend Volker Bouffier.²²⁶ Jungs Standing in der Partei war jedoch danach nicht gesunken, im Gegenteil erhielt er große Unterstützung. „Angesichts des Zuspruchs, den [Jung] momentan aus den eigenen Reihen, aber auch über die Bereiche Hessens und über die eigenen Parteigrenzen hinaus bis zu bedeutenden Persönlichkeiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei“²²⁷ erfuhr, dachte er völlig zu Recht nicht einen Augenblick daran, sich gänzlich aus der Politik zurückzuziehen und sein Landtagsmandat aufzugeben. Dies war für ihn damals nie eine

221 Interview mit Jung im „Rheingau-Echo“ vom 14. 09. 2000.

222 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

223 SCHUMACHER, Roland Koch, S. 196.

224 <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/eine-hand-waescht-die-andere,10810590,10065824.html>, abgerufen am 23. 6. 2015.

225 MÜLLER-VOGG, Beim Wort genommen, S. 81.

226 Interview mit Volker Bouffier vom 12. 2. 2016.

227 Interview mit Jung im „Rheingau-Echo“ vom 14. 09. 2000.

Alternative gewesen. Die Jung zuteil gewordene Solidarität kam auch wenige Tage später eindrucksvoll bei der fünften, vom CDU-Kreisverband am 10. September ausgerichteten Rheingauer Radtour zum Ausdruck. Rund 200 Teilnehmer bekundeten bei herrlichem Sommerwetter dem Ex-Minister, der selbstverständlich an diesem Event teilnahm, ihren Respekt und ihre Anerkennung.²²⁸ Auch vom CDU-Bundesvorstand erhielt Jung am 11. September ein großes Vertrauensvotum. So betonte Wolfgang Schäuble, wie ihm das alles leid täte, es sei unberechtigt; auch Merkel sprach Jung Mut zu, es sei alles ungerecht, was dort stattfinde.²²⁹ Selbst die SPD hat nicht ernsthaft geglaubt, dass Jung aktiv im Spendenskandal involviert gewesen sei, ein Großteil ihrer Vertreter, so z. B. Landtagspräsident Karl Starzacher, hielten Jung immer für einen integren, ehrenhaften Menschen.²³⁰

Augenscheinlich hatte Kanther gemeinsam mit Wittgenstein Koch und die CDU gezielt hinters Licht geführt, er rückte schließlich erst Anfang Januar mit der Wahrheit heraus. Nur ein sehr enger Zirkel von Menschen hatte hier daran gearbeitet, dass nichts herauskommt. Es war das Interesse dieser am Spenden-skandal Beteiligten, sonst niemanden inhaltlich daran teilhaben zu lassen. Eine ganze politische Generation wurde dadurch politisch beschädigt, Jung und Koch wurden so beide Opfer. Auch „die Tatsache, dass Kanther Jung als Generalsekretär ganz schnell verabschiedet hatte“²³¹, ist ein Indiz dafür, dass Jung wohl nichts wusste, dafür persönlich aber einen hohen Preis zahlte. Eine solche Hypothek wird man nur noch schwer los. Roland Koch tat das sehr weh und sehr leid, denn mit solchen Formen von Ungerechtigkeit hat er auch heute noch ein Problem.²³²

Vor und neben der Spendenaffäre galt es für die Landesregierung und somit natürlich auch für Jung wichtige und wegweisende politische Entscheidungen auf den Weg zu bringen. So erfolgte beispielsweise am 21. Juni 2000 die Entscheidung für den dringend notwendigen Ausbau des Frankfurter Flughafens, der dadurch seine internationale Konkurrenzfähigkeit bis heute behaupten kann. An der am 29. Mai stattgefundenen Tagung der Europaminister im hessischen Kurort Schlagenbad nahm auch Franz Josef Jung teil. Hier ging es um die Fortentwicklung Europas, vor allem im Rahmen des Ausschusses der Regionen um die Koordinierung der Länder- und der Bundespolitik.

Europapolitik beinhaltet die eine oder andere Kuriosität. So auch Anfang Juli 2000, als der damalige österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die Bundesbank in Frankfurt besuchen wollte. Sein Besuch war offiziell angemeldet

228 „Rheingau-Echo“ vom 14. 9. 2000.

229 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

230 Interview mit Roland Koch vom 15. 2. 2016.

231 Ebda.

232 Ebda.

und Franz Josef Jung beabsichtigte, den diplomatischen Gepflogenheiten entsprechend, den Staatsgast auch angemessen zu empfangen. Der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) untersagte in einem Brief Jung dieses Ansinnen jedoch. Was war der Grund? Schlicht und ergreifend der, dass nach einer demokratischen Wahl zum österreichischen Nationalrat am 3. Oktober 1999 der Wählerwille die Möglichkeit einer ÖVP-FPÖ-Koalition eröffnet hatte, die Schüssel als ÖVP-Chef dann auch bildete. Nun galt die FPÖ unter Jörg Haider in gewissen Kreisen aufgrund manch ihrer Positionen als nicht koalitionsfähig. Die EU nahm dies zum Anlass, die stabile und funktionierende Demokratie Österreich zu sanktionieren, damit zu stigmatisieren und auch zu isolieren, ein einmaliger Vorgang in Europa, der ein demokratisches Wählervotum missachten wollte! Letztlich gelang es nicht, Österreich und seine Bundesregierung auf Dauer auszugrenzen. Und auch Franz Josef Jung blieb hier standhaft. Gegenüber Fischer betonte er, dass „wir in einem freien Land leben“²³³ und empfing daraufhin den österreichischen Bundeskanzler in diplomatisch korrekter Form. Er holte ihn mit allen politisch gebotenen Ehren vom Flughafen ab.²³⁴ Am 11. Juli begründete Hessen – neben der Emilia Romagna – mit der polnischen Region Posen eine schon erwähnte weitere europäische Partnerschaft. Die Feierlichkeiten waren für Franz Josef Jung allerdings eine der letzten Amtshandlungen in seiner Eigenschaft als Europaminister.

Nun, da Jung wieder als „einfacher“ Abgeordneter fungierte, blieben ihm jede Menge Zeit und Raum, auf anderen Feldern im politischen, aber insbesondere auch kulturellen Bereich, sein außerordentliches Engagement an den Tag zu legen. So hatte er beispielsweise im Rahmen seines Urlaubs auf Gran Canaria im Juli 2001 während eines dortigen Sommerfestivals den international renommierten Pianisten und Dirigenten Justus Frantz kennen und schätzen gelernt. So ergab es sich dann, dass Jung zwei Jahre später am 18. April Vorsitzender vom Förderverein der von Frantz gegründeten „Philharmonie der Nationen“, einem Sinfonieorchester mit dem Leitbild von Frieden und Völkerverständigung wurde. Schon ein Jahr zuvor, am 14. März 2002, war er zum Nachfolger von Wilfried Scharnagel im ZDF-Fernsehrat als Vorsitzender der bürgerlichen Fraktion gewählt worden. Aber auch im sportlichen Bereich engagierte sich der begeisterte Anhänger von Eintracht Frankfurt: Eine Landesbürgerschaft in Höhe von 4 Mio. für den vom Konkurs bedrohten Bundesligisten, gemeinsam getragen von Koch und Jung, sicherte im Juni 2002 den Verbleib des hessischen Clubs in der höchsten deutschen Fußballliga. Das Geld wurde von der Eintracht übrigens vollständig zurückgezahlt.

233 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

234 Ebda.

Weiterhin wurde er am 13. Oktober 2002 in den Aufsichtsrat der Staatsweingüter Eltville gewählt, dem er bis zum 21. November 2005 angehörte.

Dann erforderte allerdings der Bundestagswahlkampf zunehmend Jungs volle Einsatzfähigkeit. So traf er u. a. am 17. September mit Helmut Kohl auf einer Wahlkampfveranstaltung in Limburg zusammen. Anschließend sagte dieser zu Jung: „Wir fahren noch wohin.“²³⁵ Jung schlug die Gaststätte „Holztor“ in Eltville vor. Dort saßen beide gemütlich bei einem Schoppen Riesling zusammen, als ein Rosenverkäufer die beiden sah und daraufhin ganz entgeistert reagierte. Die Bundestagswahl²³⁶ verlor, wie schon erwähnt, die Union unter ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber, denkbar knapp.

Viel Zeit, dieser verpassten Chance hinterher zu trauern, blieb allerdings nicht, warfen doch bereits die hessischen Landtagswahlen ihre Schatten voraus. In diesem Rahmen fand u. a. am 17. Januar 2003 eine Kundgebung mit Helmut Kohl in der Eltviller Rheingauhalle statt, die aufgrund des prominenten Redners überfüllt war und förmlich aus allen Nähten platzte. Ein gutes Omen für eine erfolgreiche Wahl? Ja, denn am 2. Februar 2003 gewann die CDU die Landtagswahlen dann fast sensationell mit 48,8 %, ihrem besten Ergebnis in Hessen. Damit erzielte sie auch die absolute Mehrheit, ein Zeichen, dass die Spendenaffäre ihr nicht langfristig geschadet hatte. Führende CDU-Landes- und Kommunalpolitiker erklärten daraufhin am Wahlabend im hessischen Landtag gegenüber Franz Josef Jung, der in seinem Wahlkreis mit 57,2 % mehr als überzeugend das Direktmandat errang: „Das haben wir nur Dir zu verdanken.“²³⁷ Dieser sollte dann auch nur kurz ein „normaler“ Abgeordneter der CDU-Fraktion bleiben, denn am 18. Februar wurde er auf Vorschlag Roland Kochs zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Es war die notwenige und verdiente Rehabilitation. Medien wie die Berliner Zeitung kommentierten dieses Ereignis wie folgt:

„Deshalb ist Roland Koch auch kein Risiko eingegangen, als er jetzt der CDU-Landtagsfraktion vorschlug, Jung zu ihrem neuen Vorsitzenden zu wählen. Damit hilft der Ministerpräsident seinem Retter und langjährigen Weggefährten über die erste Hürde auf dessen vielleicht gar nicht mehr so weitem Weg an die Spitze des Bundeslandes. Denn mit Jung will sich Koch einen zuverlässigen und loyalen Nachfolger heranziehen für den Fall, dass er selbst in drei Jahren als erfolgreicher Kanzlerkandidat der Union nach Berlin wechseln sollte.“²³⁸

235 Ebda.

236 SPD 30,1 %, CDU/CSU 30,1 %, Grüne 6,7 %, FDP 5,8 %, PDS 3,1 %.

237 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

238 <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/eine-hand-waescht-die-andere,10810590,10065824.html>, abgerufen am 23. 6. 2015.

Im Februar 2004 entwickelte er die Idee für ein „Kopftuchgesetz“,²³⁹ das es allen Beamten des Landes und der Kommunen untersagte, im Dienst Kleidungsstücke zu tragen, die das Vertrauen in die Neutralität ihrer Amtsführung gefährden könnten. Wörtlich forderte das Gesetz: „Beamte haben sich im Dienst politisch, weltanschaulich und religiös neutral zu verhalten.“ Ausdrücklich hieß es: „Insbesondere dürfen sie Kleidungsstücke, Symbole und andere Merkmale nicht tragen oder verwenden, die geeignet sind, den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Frieden zu gefährden.“²⁴⁰ Umgekehrt wurden Merkmale der christlich-abendländischen Tradition Hessens ausdrücklich begrüßt, nämlich z. B. dass das Kreuz als christliches Symbol weiter getragen werden darf. Anfängliche Bedenken innerhalb der hessischen Landesregierung konnte er ausräumen. Nach ausgiebigen Besprechungen mit seinem Mitarbeiter Ingo Schon, wie Jung ebenfalls ein ausgewiesener Jurist, wurde der Gesetzesentwurf von der Fraktion gebilligt und anschließend im Landtag verabschiedet. Es hielt auch Klagen der Landesanwältin Ute Sacksofsky, eine Frankfurter Rechtsprofessorin, vor dem Hessischen Staatsgerichtshof 2007²⁴¹ stand, ein Zeichen für die qualitativ hochwertige Arbeit Jungs. Als Vorsitzender einer Arbeitsgemeinschaft der Bundes-CDU zum Thema „Wachstum in neuen Erwerbsstrukturen“ setzte Jung auch auf arbeitsrechtlicher Ebene wesentliche Akzente²⁴², mit dem Ziel hier neue Arbeitsplätze zu schaffen, ein dringend notwendiges Ansinnen angesichts von damals über 5 Mio. Arbeitslosen. U. a. mit Professor Hans-Werner Sinn, der ebenfalls Mitglied in dieser Kommission war, war es das Absicht, mehr Flexibilität, statt starrer Strukturen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen, z. B. in Form von 400 €-Jobs, Leiharbeit oder private Arbeitsvermittlung.

Es lohnt sich auch der Blick auf einige persönliche und private Erlebnisse Franz Josef Jungs in seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender. So war er zum 50. Geburtstag von Angela Merkel eingeladen. Aufgrund der engen Kontakte zu Jung spielte Justus Frantz mit einer Musikergruppe auf, wovon Merkel ganz begeistert war und wofür sie sich bei Jung bedankte. Da Roland Koch schon lange gute und intensive Beziehungen zum Dalai Lama pflegte, lag ein Besuch in seinem indischen Exil einmal nahe. Jung war mit dabei und wurde im Anwesen der Schwester des Dalai Lamas untergebracht. Zuvor hatten Koch und Jung schon Mumbai und Neu-Delhi bei gut 30 Grad besucht. Und nun der extreme Temperaturgegensatz im Hima-

239 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

240 Zit. nach <http://www.welt.de/politik/article1447956/Urteil-gegen-das-Kopftuch-und-fuer-das-Kreuz.html>, Abgerufen am 1. 9. 2015.

241 Siehe das Urteil im Normenkontrollverfahren unter: https://staatsgerichtshof.hessen.de/irj/Staatsgerichtshof_Internet?rid=HMDJ_15/Staatsgerichtshof_Internet/sub/43e/43e20802-d628-dc11-f3ef-ef97ccf4e69f,,,11111111-2222-3333-4444-100000005003%26overview=true.htm

242 Interview mit Jung vom 21. 7. 2015.

laya: Null Grad und Schneefall. Für die Schwester des Dalai Lama kein Problem. Sie wollte es den Gästen mit drei kleinen Elektroöfen behaglich machen, allerdings flogen sämtliche Sicherungen raus und Jung hatte wie selten zuvor gefroren.

Im Februar 2005 konnte Jung eine prominente Sportlerin für die CDU gewinnen: die Dressurreiterin Ann-Kathrin Linsenhoff. Und zur Feier anlässlich des 75. Geburtstags von Helmut Kohl am 29. April im Deidesheimer Hof war auch Jung eingeladen. Während des stimmungsvollen Abends sagte Kohl zur Frau des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog: „Das ist der charaktervollste Politiker aus ganz Hessen.“²⁴³ Ein schönes, aber auch verdientes Kompliment aus dem Munde des Altbundeskanzlers. Was will man mehr als Auszeichnung für hervorragende politische Arbeit? Das enge, ja schon freundschaftliche Verhältnis zu Helmut Kohl unterstreicht beispielsweise auch dessen Besuch am 6. August bei Jung zu Hause in Erbach.²⁴⁴

Rehabilitiert und in der Hessen-CDU fest etabliert, stellte sich für Jung nun im besten Politikeralter wieder einmal, wie schon in den 80er Jahren, die Frage, in die Bundespolitik zu wechseln, für den heimatverbundenen Rheingauer sicherlich kein leichter Schritt. Aber sein Freund Roland Koch machte ihm Mut: „Geh nach Berlin, das macht mehr Sinn, werde Spitzenkandidat und behalt die Nerven, das wird schon.“²⁴⁵ Jung behielt die Nerven, wurde bei der kommenden Bundestagswahl Spitzenkandidat der Hessen-CDU und sollte in Berlin schnell in der Verantwortung aufsteigen.

243 Ebda.

244 Ebda.

245 Interview mit Roland Koch vom 15. 2. 2016.

Franz Josef Jung

Stationen einer politischen Karriere. Mit einem
Geleitwort von Angela Merkel

Grosch, M.

2017, XII, 253 S., Hardcover

ISBN: 978-3-658-16405-8